

SEIT
1946

12/2019

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

5,- Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbergsdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, MZ 14Z040222 M, Nr. 11/2019



SHOW OFF. AUSTRIAN FASHION DESIGN

(MAK)

**Einen sozialdemokratischen
Aufbruch**
Von Peter Kaiser

**Wasserstoff löst keine
Energieprobleme**
Von Ulf Bossel

**Streiks gegen Macrons
Pensionsreform**
Von Rudolf Walther

Neosozialismus?
Von Joachim Hirsch

EDITORIAL

Österreich hat eine neue Bundesregierung, deren Regierungsprogramm in ZUKUNFT 01/2020 einer ausführlichen Begutachtung aus fortschrittlicher Sicht unterzogen wird. Schon jetzt ist aber erkennbar, dass in den wesentlichen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen die ÖVP ihren Kurs der schwarz-blauen Koalition weitgehend unverändert fortsetzen wird und die ÖVP die Politik von Innenminister Kickl inhaltlich und symbolisch konsequent fortzusetzen gedenkt. Es wäre allerdings ein Fehler, davon auszugehen, dass die übergroße grüne Kompromissbereitschaft zwangsläufig und vor allem kurzfristig den Höhenflug der Grünen stoppen müsste. Ein Blick auf die sozialdemokratische Parteischicht der letzten Jahrzehnte untermauert eindrucksvoll, wie lange Parteien von einem in sie gesetzten Grundvertrauen zehren können, bis langfristige Erosionserscheinungen sichtbar werden. Die neue Regierungskonstellation ist daher kein oppositioneller Selbstläufer, sie eröffnet aber neue Handlungsspielräume, die es zu nutzen gilt für ein offensives sozialdemokratisches Alternativprogramm.

In dieser Ausgabe stehen deshalb auch die solidarisch-konstruktiven Überlegungen des Kärntner Landeshauptmanns **Peter Kaiser, wie sich die SPÖ neu aufstellen** sollte, an der Spitze des Heftes.

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe widmet sich in zwei Beiträgen den faktischen Grundlagen einer neu zu gestalten Energiepolitik:

Jürgen Schneider stellt die von **Österreich** eingegangenen **internationalen Verpflichtungen** in der Klima- und Energiepolitik und die Konsequenzen ihrer Nichterfüllung dar.

Ulf Bossel wiederum argumentiert, warum **Wasserstoff** als alternativer Energieträger der Zukunft **als Perspektive ausscheidet**, der Strom fossile und synthetisch erzeugte Brennstoffe als zentrale Energiequelle ablösen wird und warum daher dessen Erzeugung und effizienter Einsatz in den Fokus zukunftsorientierter Energiepolitik treten muss.

Rudolf Walther skizziert in seinem Beitrag die wesentlichen Konfliktlinien in den seit Wochen anhaltenden **Massenprotesten gegen** die Pensionspläne von **Frankreichs Präsidenten Macron**.

Ludwig Dvořák liefert einen aktuellen Einblick in die anlaufende Wahl eines **Nachfolgers oder einer Nachfolgerin** für **Jeremy Corbyn** an der Spitze der britischen **Labour Party**.

Joachim Hirsch bespricht den Sammelband von Klaus Dörre und Christiane Schickert zum Begriff des **Neo-Sozialismus**.

Und **Albert Dikovich** stellt schließlich ausgehend von **Karl Czasnys** Buch über **Marx Arbeitstheorie** Überlegungen zur Bedeutung dieser theoretischen Auseinandersetzungen für die politische Praxis an.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt

6 Einen sozialdemokratischen Aufbruch
VON PETER KAISER

SCHWERPUNKT:
Schwerpunkt: Grundlagen der Energiepolitik

12 Die Kosten des Nicht-Handelns
VON JÜRGEN SCHNEIDER

16 Wasserstoff löst keine Energieprobleme
VON ULF BOSSEL

22 Streiks gegen Macrons Pensionsreform
VON RUDOLF WALTHER

26 Was kommt nach Corbyn?
VON LUDWIG DVOŘÁK

32 Neosozialismus?
VON JOACHIM HIRSCH

36 Der Arbeitswert als soziale Imagination
VON ALBERT DIKOVICH



SHOW OFF. AUSTRIAN FASHION DESIGN

**Ausstellungsort MAK-Ausstellungshalle
MAK, Stubenring 5, 1010 Wien
Ausstellungsdauer 14. Februar – 12. Juli 2020
Öffnungszeiten Di 10:00–21:00 Uhr, Mi–So 10:00–18:00 Uhr**

Einen sozialdemokratischen Aufbruch

Mit einem auszugsweise öffentlich gewordenen Schreiben an den Bundesparteivorstand formulierte Kärntens Landeshauptmann **Peter Kaiser** im November 2018, wie sich die Sozialdemokratie den aktuellen Herausforderungen stellen soll. In diesem Beitrag fasst er seine wichtigsten Argumente zusammen.

In den letzten Tagen, Wochen und Monaten, ja in den letzten Jahren wurde sehr viel über die Lage der SPÖ geschrieben, diskutiert und spekuliert. Ja, die Sozialdemokratie durchlebt in ganz Europa und insbesondere in Österreich sehr schwere Zeiten. Aber allen, die bereits den Abgang auf diese unsere Bewegung, die das Fundament dafür erkämpft hat, dass es den Menschen in Europa, in Österreich heute bei allen Problemen, die es zu lösen gilt, so gut geht, wie nie zuvor, ihnen allen halte ich in aller Entschlossenheit entgegen:

Totgesagte leben länger! Die Sozialdemokratie wird aus ihren Fehlern, und die haben wir gemacht, lernen und stärker zurückkommen!

Was die Sozialdemokratie dafür braucht, ist eine radikale Grundbesinnung! Nicht nur in Österreich, in ganz Europa – und die SPÖ kann und muss diese tiefgreifenden Prozess starten! Nicht im Eigeninteresse, im Interesse von Hermann und Katharina mit ihren Kindern Leon, Anna und Claudia, im Interesse von Pensionistin Maria, die vier Kinder großgezogen und über Jahre ihren Mann liebevoll gepflegt hat, im Interesse von Karl, dem Mechaniker, der sich mit Mitte 30 selbstständig gemacht hat und jeden Monat bis zum Umfallen „hackelt“, um Miete, Kinderbetreuung, das „Notwendigste für's Leben“, für sich, seine Lebensgefährtin Evelyn und ihre Kinder Thomas und Stefan aufzubringen, im Interesse von Martin, einem homosexuellen Teenager, der als begeisterter Hobby-Vereins-Fußballer Antworten auf die Fragen nach seiner persönlichen Zukunft sucht, im Interesse von Samira und Amir, in Österreich geboren als Kinder zweier Einwanderer, die sich größte

Mühe geben, hier bei uns in ihrer neuen Heimat Österreich, geschützt vor Krieg und Folter Teil unserer solidarischen Gemeinschaft zu sein, ihre Träume zu verwirklichen, auch wenn ihnen immer wieder auch politisch instrumentalisierter Hass und Vorurteile entgegenschlagen.

DIE SOZIALDEMOKRATIE BRAUCHT EINE REVOLUTION

Warum ich überzeugt davon bin, dass wir, ja die Sozialdemokratie und warum insbesondere die Österreichische Sozialdemokratie eine „Revolution“ braucht, und warum ich diese Zeilen in aller Offenheit schreibe?

Zum einen, weil wir in der SPÖ-Kärnten engagiert diskutieren, wie wir die Sozialdemokratie zu neuer Stärke und Attraktivität bringen. Es ging und geht dabei nicht um eine personelle Diskussion! Nein, es geht um eine ideologische Diskussion, darum Wege aufzuzeigen, um die Sozialdemokratie für die Bevölkerung zu einem glaubwürdigen, attraktiven Anker des Vertrauens, in bewegten, ja geradezu stürmischen Zeiten des Umbruchs in der Arbeitswelt zu formen.

Ich schreibe diese Zeilen deswegen und daraus ableitend vor allem auch aus persönlicher Überzeugung. Weil mir mein sozialdemokratisches Herz Tag für Tag blutet, wenn ich mir unsere, die Lage der SPÖ, aber auch der Sozialdemokratie europaweit ansehe. Ich kann einfach nicht glauben und akzeptieren, dass fremdbestimmte Bestandsanalysen, egal ob von

Politikberatern, Meinungsforschern oder anderen „Eliten“ die Sozialdemokratie ab- und ins Aus schreiben. Oder noch schlimmer, wenn als konservativ oder neoliberal bekannte Analysten der Öffentlichkeit einreden, wie die SPÖ, wie die Sozialdemokratie auszusehen, welche Inhalte und Positionen sie zu vertreten hätte – und dem setzt die SPÖ wenig entgegen.

DIE KRITIK RICHTET SICH GANZ KLAR AN UNS SELBST

In aller Deutlichkeit: Die Kritik richtet sich nicht gegen diese Analysten und Kommentatoren. Sie richtet sich ganz klar an uns selbst, sie richtet sich auch an mich selbst! Wie können wir es zulassen, dass man die SPÖ derart demütigt, und uns vorschreibt, was wir zu tun haben? Wie können wir das untätig, hilflos, viele offensichtlich in einem roten Elfenbeinturm sitzend, unfähig zu erkennen, dass der Turm ohne grundlegende Sanierungsarbeiten völlig einstürzen wird, dabei zusehen, wie vom politischen Widerpart versucht wird das stolze ideologische Erbe unserer sozialdemokratischen Gründerväter und –mütter zu Grabe zu tragen, während konservative und neoliberale Opportunisten und Populisten Österreich und Europa mehr und mehr zu einer entsolidarisierten Gesellschaft entwickeln. Eine Gesellschaft, in der das Gesetz des „politischen Dschungels“ – der Stärkere soll überleben – herrscht, in der Ängste – egal ob vor Fremden, oder vor dem eigenen Versagen und damit verbundenem sozialem Abstieg – derart geschürt werden, dass immer mehr Menschen tatsächlich glauben, die Lösung bestünde darin, in dieser Gesellschaft von Kindesbeinen an die Ellenbogen ohne Rücksicht auf andere einsetzen zu müssen.

PRIVATISIERUNG – STEUERSENKUNG – SOZIALSTAATSABBAU

Über Jahrzehnte haben konservative und neoliberale Meinungsbildner und politische Mitbewerber eine Gesellschaft geformt, in der sich immer mehr Mitglieder immer bedingungsloser dem Kapitalismus, dem Diktat der Leistungs- und Konsumgesellschaft unterwerfen. Sie haben tatsächlich mit der notwendigen Konsequenz und auch Arglist, ein weltweites Netzwerk geschaffen, das die Sozialdemokratie langsam zu erdrücken droht. Siehe dazu hier und hier. Das ewige Mantra dieser Kräfte lautet seit Jahrzehnten und bis heute unverändert: „Privatisierung – Steuersenkung – Sozialstaatsabbau“.

Dass die Sozialdemokratie dem nicht nur viel zu wenig entgegengesetzt hat, sondern die Etablierung dieses gesellschaftlichen Wertewandels der Entsolidarisierung da und dort noch sogar noch selbst mit vorangetrieben hat – Stichwort Hartz IV – das müssen wir in einer kritischen Eigenreflexion uns selbst ankreiden.

EMPATHIE STÄRKER ALS EGOISMUS

Politische Mitbewerber trichtern den Menschen ein: Denk nur an dich, andere zählen nicht! Leistung – in Form von Lohnarbeit – ist das einzige was zählt. Dass dabei der in Österreich so mühsam und unter vielen Opfern maßgeblich von der Sozialdemokratie mit erarbeitete soziale Frieden, unsere friedliche solidarische Gemeinschaft mit der neoliberalen Abrissbirne zerstört wird, das dürfen wir nicht (länger) zulassen. Unsere Antwort darauf ist eine sozialdemokratische Antwort. Das Miteinander muss wieder stärker sein als das Gegeneinander, Empathie stärker als Egoismus. Zuversicht und der Glaube an uns, an dieses Land müssen stärker sein als geschürter Neid und Zwietracht. Liebe ist stärker als Hass, Solidarität die Zärtlichkeit der Menschen.

EINEN SOZIALDEMOKRATISCHEN AUFBRUCH

Deswegen und dafür brauchen wir einen sozialdemokratischen Aufbruch! Damit er erfolgreich ist, und eine Befreiung der Menschen von den neoliberalen Fesseln bewirkt, müssen wir diese Revolution in den eigenen Reihen beginnen. Mit verstaubten Geschichten aus der Vergangenheit werden wir das ebenso wenig schaffen, wie mit dem unnützen Versuch, sich mit kurzfristigen populistischen Ansagen und Maßnahmen, die sich nach einer momentanen Stimmungslage orientieren, vorübergehend die Gunst von irgendwelchen Medien und/oder vermeintlichen Meinungsbildnern zu ergattern.

Unsere Meinungsbildner sind zuallererst nicht abgehobenen Persönlichkeiten, selbsternannte Experten, die aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen, Berechnungen, Statistiken am Reißbrett theoretische Lösungen entwerfen. Wir müssen, mich eingeschlossen, wieder die Fähigkeit entdecken, zuzuhören. Unsere Meinungsbildner müssen besagte Hermann und Katharina mit ihren Kindern Leon, Anna und Claudia, Pensionistin Maria, Karl, der Mechaniker und seine Lebensgefährtin Evelyn und ihre Kinder Thomas und Stefan,

müssen Martin, Samira und Amir sein, die ich am Beginn exemplarisch erwähnt habe. Zukunftslabore und Arbeitsgruppen alleine werden nur unter der Berücksichtigung deren Anliegen Aussicht auf Erfolg haben.

WIR WERDEN NICHT ALLES SCHAFFEN

Die SPÖ soll in ihrer Botschaft verstanden werden. Diese lautet: Du bist mit deinen Problemen, Anliegen, Sorgen und Ängsten nicht allein! Wir hören dir zu und versuchen, gemeinsam mit dir für dich und auch für andere Lösungen zu erarbeiten. Wir werden nicht alles schaffen, aber wir werden uns bemühen, in jedem Fall werden wir uns um dich und deine Anliegen kümmern!

„ARBEIT“ ALS WESENTLICHSTER BAUSTEIN

Ich bin überzeugt: Jede noch so tiefe Krise bietet eine Chance! Wir haben als SPÖ, als Sozialdemokratie jetzt die Chance, diese Revolution zu starten! Die Menschen in Österreich und Europa warten darauf. Nicht zuletzt aufgrund der rasant fortschreitenden Digitalisierung. Die sich immer weiter entwickelnde künstliche Intelligenz verändert die Arbeitswelt radikal. Wir können nicht so tun, als würde alles so bleiben wie es ist. Wir dürfen als SPÖ die stattfindenden Veränderungen nicht negieren. Das machen andere! Wir haben die Verantwortung für alle, die jetzt mitten im Berufsleben stehen, für unsere Kinder und Enkelkinder, die nicht mehr, wie die meisten von uns, ein Leben lang ein, zwei oder maximal drei Jobs ausüben werden. Die SPÖ war, sie ist und sie wird weiterhin DIE Partei sein, die „Arbeit“ als wesentlichsten Baustein in ihrer politischen DNA hat. Und genau darin liegt jetzt auch die Chance. Die SPÖ muss sich an die Spitze der von der Veränderung der Arbeitswelt Betroffenen stellen, mit ihnen Lösungsvorschläge erarbeiten, über Modelle und Varianten, die letztendlich die erkämpften Segnungen unseres Sozialstaates schützen und weiterhin garantieren, diskutieren, sinnieren, disputieren! Ohne sozialstaatliche Transferleistungs- und -Verteilungspolitik würden 43,3 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher statt 14,3 Prozent unter der Armutsgrenze leben müssen. Wir dürfen auch nicht zulassen, dass beispielsweise eine Diskussion über Grundeinkommen, eine Grundsicherung, von anderer Seite als unrealistisch bezeichnet und damit verhindert wird.

Ich bin felsenfest überzeugt, dass temporäre und existenzielle Grundsicherung die Chance und Aufgabe von Sozialdemokratie und Gewerkschaft angesichts sich verändernder Arbeitsverhältnisse und Märkte sind. Wir müssen uns gesellschaftlich darauf einstellen, dass Menschen in ihrem Berufsleben aus den verschiedensten Gründen öfter Atempausen einlegen werden – etliche freiwillig, viele aber bestimmt auch unfreiwillig. Für sie wird ein Parteiergreifen gefordert sein. Wir müssen ein Menschenbild diskutieren, das hinter diesen Entwicklungen stehen soll. In unserer kapitalistischen Produktions- und Wirtschaftswelt gilt als Arbeit nur jener Faktor, der auch entlohnt wird. Tätigkeiten, die für ein gesellschaftliches, solidarisches und friedliches Zusammenleben unverzichtbar sind, aber oftmals im Bereich des Privaten liegen, wie: Erziehungstätigkeiten, Pflege von Familienangehörigen, ehrenamtliches Engagement – beispielsweise in Vereinen, Rettungsorganisationen oder bei Feuerwehren – all das sind Bereiche, die für ein kollektives Zusammenleben wertvoll und unverzichtbar sind, jedoch im kapitalistisch definierten Begriff von Arbeit bis dato keinen Platz haben.

BRAUCHEN EIN STARKES, SOZIALES NETZ

Darüber hinaus wird es auch notwendig sein, ein entsprechendes Bewusstsein für „Arbeit“ zu entwickeln: Für die Sozialdemokratie steht immer neben dem persönlichen auch damit untrennbar verbunden das gesellschaftliche Gemeinwohl im Mittelpunkt. Nicht InvestmentbankerInnen, Immobilienmögule, Millionäre..., sondern BauarbeiterInnen, MechanikerInnen, BäckerInnen, VerkäuferInnen, MechatronikerInnen, Pflegekräfte, PädagogInnen, SozialarbeiterInnen und viele, viele mehr – sie sind es, die gemeinsam einen echten gesellschaftlichen Mehrwert für das Kollektiv beitragen. Eine englische Studie hat herausgearbeitet, dass vermeintlich „Starke und Erfolgreiche“ nicht mehr zum Wohlstand der Gesellschaft beitragen: Demnach zahlt die Gesellschaft etwa für jedes verdiente Pfund eines Spitzenbankers sieben Pfund drauf (Schaden aus Spekulation etc.). Hingegen fällt die gesellschaftliche Wertschöpfung bei vielen Jobs im Niedriglohnsektor positiv aus, am Beispiel des Müllmannes etwa durch Recycling; vgl. Schnenk/Schriebl-Rümmele, Genug gejammert. Warum wir gerade jetzt ein starkes, soziales Netz brauchen, 2017, 26–27


WORK-LIFE-BALANCE

Wer wenn nicht die „soziale Demokratie“ kann dafür sorgen, dass diese Menschen, dass zum Beispiel auch Umzuschulende, von Maschinen ersetzte ArbeitnehmerInnen, Aufträge und Aufgaben verlierende Ein-Personen-Unternehmen und Klein- und Mittelunternehmen, nicht alleingelassen und nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Die SPÖ muss konkret die mit diesem Thema zusammenhängende Lebensbereiche ansprechen. Angefangen von der Kinderbildung und -betreuung, der Schul- und Berufsausbildung, einer neuen Work-Life-Balance, über kürzere statt längere Lohnarbeitszeiten bzw eine gerechtere Verteilung der Arbeit, über gesellschaftlich anerkannte bis dato aber unbezahlte wichtige Arbeiten beispielsweise in Rettungs- und Blaulichtorganisationen, in Vereinen und in der Familie für Kindererziehung bis hin zur Pflege von Familienangehörigen. Einen ersten Denkanstoß habe ich mit einem Beitrag bereits geliefert.

GRUNDEINKOMMEN

Mag sein, dass einige jetzt sagen, das Thema Grundeinkommen ist gerade nicht opportun. Ja, genau das will ich auch nicht: dass die Sozialdemokratie opportun ist im Sinne von, darauf fokussiert, was gerade „in“ ist! Wir sind keine Partei der Beliebigkeit und des Augenblicks! Und ich verwende den Begriff Partei bewusst, weil ich stolz darauf bin. Denn was bedeutet Partei? Eine politische Organisation mit einem bestimmten Programm, in der sich Menschen mit gleichen Überzeugungen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam bestimmte Ziele zu verwirklichen! Wir sind Partei, weil wir Partei für Anliegen von Menschen ergreifen. Leider haben wir vielfach verabsäumt, uns dagegen zu wehren, dass andere im Dauerfeuer gegen die „Partei“ aufgetreten sind. Partei ist kein Schimpfwort! Partei zu sein heißt, Verantwortung zu übernehmen und zu tragen. Weil wir Partei für jene ergreifen, die es sich nicht selbst richten können! Weil wir Partei für Hermann und Katharina mit ihren Kindern Leon, Anna und Claudia, Pensionistin Maria, Karl, den Mechaniker und seine Lebensgefährtin Evelyn und ihre Kinder Thomas und Stefan, Martin, Samira und Amir ergreifen – weil wir uns um sie und ihre Anliegen kümmern! Dieses Gefühl der Empathie, des sich Kümmerns, DAS müssen wir den Menschen vermitteln, glaubhaft vermitteln. Und die Betroffenen werden es dann auch spüren.

Kommunikation und der Umgang mit Menschen sind dafür ein wichtiger Schlüssel. Was es jedenfalls braucht ist eine neue, eine bewusste inhaltliche Kommunikation.

Es gäbe noch sehr viel zu sagen, und noch viel mehr gibt es zu tun. In jedem Fall bin ich überzeugt, dass die Sozialdemokratie diese notwendigen Veränderungen, diese radikale Grundbesinnung, schaffen kann und wird. 

PETER KAISER

ist Vorsitzender der SPÖ Kärnten und stv. Bundesparteivorsitzender. Seit 2013 ist er Landeshauptmann von Kärnten. Nach der Landtagswahl 2018 wurde er in diesem Amt eindrucksvoll bestätigt nachdem die Kärntner SPÖ mit 48% der Stimmen das beste Ergebnis seit 1984 eingefahren hatte.



Wendy & Jim (Helga Ruthner und Hermann Fankhauser), Porträt für Purple Magazine, 2018
© Luise Hardegg Brammertz

Die Kosten des Nicht-Handelns

Die Klimakrise ist in aller Munde. Welche internationalen Verpflichtungen Österreich im Kampf gegen die Klimakrise eingegangen ist, welche Kosten mit ihrer Nichterfüllung verbunden sind und welche ökonomischen Potenziale in ihrer Umsetzung liegen, stellt SC **Jürgen Schneider** in diesem Beitrag dar, der vor der Bildung der neuen Bundesregierung verfasst wurde.

Die Bewältigung der Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Schon jetzt beeinflusst der Klimawandel nicht nur empfindliche Ökosysteme, sondern immer stärker das Leben in allen Ländern der Erde: ständig neue Hitzerekorde, Dürrekatastrophen und andere Ereignisse wie Waldbrände in arktischen Regionen zeigen deutlich, wie sehr das Klima sich bereits verändert hat. Umfangreiche Messdaten zeigen einen klaren Trend. Die letzten fünf Jahre, also 2014 bis 2018, waren die fünf wärmsten seit Vorliegen verlässlicher Messungen mit einer im globalen Schnitt derzeit rund 1°C erhöhten Temperatur verglichen zur vorindustriellen Zeit. Österreich gehört zu jenen Ländern, die vom Klimawandel stark betroffen sind: Der Temperaturanstieg ist hier mit rund 2°C doppelt so hoch. Aber nicht nur die Durchschnittstemperatur nimmt zu, sondern auch extreme Wetterereignisse, wie Stürme und Starkniederschläge und infolgedessen die Naturgefahrenpotenziale.

KIPPPUNKTE IM KLIMASYSTEM

Besonders bedrohlich wird die Klimakrise auch dadurch, dass es im Klimasystem Nichtlinearitäten wie etwa Kipppunkte¹ gibt. Bei Überschreitung dieser – oft irreversiblen Punkte – kann es zu katastrophalen Auswirkungen kommen. Derzeit besteht aus wissenschaftlicher Sicht noch Forschungsbedarf, wann genau welcher Kipppunkt erreicht wird. Ein Beispiel dafür ist etwa das Abschmelzen des Grönlandeises, welches zu einer Zunahme des Meeresspiegels um 6 bis 7 Meter führen

könnte. Im Sonderbericht des Weltklimarats zu einer Zunahme der mittleren globalen Temperatur um 1,5°C² wird darauf hingewiesen, dass dieser Kipppunkt bereits bei einer Temperaturzunahme von 2°C erreicht werden könnte. Die derzeitigen Politiken der wichtigsten Nationen dürften allerdings zu einem Temperaturanstieg von über 3°C führen, wie Analysen etwa des Umweltprogramms der Vereinten Nationen³ nahelegen. Wir befinden uns also in einem riesigen globalen Experiment mit ungewissem Ausgang. Am Spiel steht unser Wohlstand, vor allem aber die Lebensgrundlagen der kommenden Generationen. Daher überrascht es nicht, dass gemäß dem jährlich vom Weltwirtschaftsforum erstellten ‚Global Risks Report‘⁴ die Klimakrise und mit ihr assoziierte Risiken die größte Gefahr für Wohlstand und eine nachhaltige Entwicklung sind.

Derzeit verursacht der Klimawandel Folgeschäden allein in Österreich im Ausmaß von rd. 1 Milliarde Euro pro Jahr. Dieser Betrag wird bis Mitte des Jahrhunderts auf 5 – 8,8 Milliarden Euro steigen, wie eine groß angelegte Studie von führenden österreichischen Expertinnen und Experten gezeigt hat⁵. Detailliert untersucht wurden in Österreich auch die mannigfaltigen Auswirkungen des Klimawandels auf die menschliche Gesundheit, die über unterschiedliche Pfade wirksam werden⁶ und alle Österreicherinnen und Österreicher betreffen können.

URSACHEN DES KLIMAWANDELS

Verursacht wird der aktuelle Klimawandel durch den übermäßigen, stetig steigenden Ausstoß von Treibhausgasen, allen voran von CO₂, welches vor allem durch die Nutzung fossiler Energieträger – Kohle, Erdölprodukte und Erdgas – freigesetzt wird. Nach übereinstimmender Einschätzung der Wissenschaft führt ein weiter ungebremster Ausstoß von Treibhausgasen zu kaum beherrschbaren Auswirkungen auf Ökosysteme, menschliche Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft. Inzwischen herrscht Konsens unter den führenden WissenschaftlerInnen, dass es aus ökonomischer, sozialer und ökologischer Sicht vernünftiger ist, den Klimawandel durch eine massive Einschränkung der Freisetzung von Treibhausgasen zu bekämpfen, als zu versuchen, mit den katastrophalen Folgen einer ungebremsten Erdüberhitzung zu leben. Klar ist auch, dass die Klimakrise nur gemeinsam gelöst werden kann. Dies erfordert Anstrengungen von allen wesentlichen Volkswirtschaften, den Ausstoß von Treibhausgasen deutlich einzuschränken (‚Klimaschutz‘; im Englischen Mitigation). Andererseits ist es notwendig, sich an die Folgen des sich ändernden Klimas anzupassen (‚Klimawandelanpassung‘, im Englischen Adaptation).

INTERNATIONALE ABKOMMEN

Daher hat die Staatengemeinschaft schon 1992 mit der Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC⁷) unter dem Dach der Vereinten Nationen einen rechtlichen Rahmen geschaffen, um den Klimawandel einzudämmen. 2015 wurde im Rahmen dieser Konvention das Übereinkommen von Paris⁸ beschlossen, welches ambitionierte Ziele für den Klimaschutz vorsieht. So soll die durchschnittliche globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C begrenzt werden und 1,5°C angestrebt werden.

Dieses Übereinkommen wird von fast allen Staaten der Welt getragen (die USA, die eine konstruktive Rolle bei dessen Erarbeitung gespielt haben, haben unter Präsident Trump angekündigt, aussteigen zu wollen). Ende 2018 wurden im polnischen Kattowitz die Durchführungsbestimmungen zu dem Übereinkommen beschlossen; diese sehen u.a. vor, das Berichtswesen deutlich transparenter zu machen. Wichtiger Baustein des globalen Klimaprozesses ist zudem die Klimafinanzierung. Entsprechend haben die Industrieländer zugesagt,

zwischen 2020 und 2025 pro Jahr 100 Milliarden \$ für die ärmeren Länder zur Verfügung zu stellen, um Treibhausgase zu mindern und sich an das ändernde Klima anzupassen. Diese Summe umfasst sowohl öffentliches als auch privates Kapital.

Die Europäische Union ist nicht nur im internationalen Klimaprozess wichtiger Vorreiter, sie hat auch einen inzwischen sehr umfangreichen energie- und klimapolitischen Rechtsbestand entwickelt mit verbindlichen, sanktionierten Treibhausgasreduktionszielen. So hat sich die EU verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen von 1990 bis 2030 um mindestens 40 % zu vermindern. Dazu soll einerseits das Emissionshandelssystem beitragen, welches im Wesentlichen den Energiesektor, große Industrieanlagen sowie den Flugverkehr umfasst. Dieses sieht vor, dass die Emissionen dieser Sektoren von 2005 bis 2030 um 43 % gesenkt werden. Das System wurde 2005 mit einer Pilotphase gestartet und ist nach kontinuierlicher Beseitigung einiger Kinderkrankheiten inzwischen wichtiger Eckstein der EU-Klimapolitik. Andererseits haben alle EU-Mitgliedstaaten für jene Emissionen, die nicht vom Emissionshandel umfasst sind (‚Effort Sharing-Bereich‘), also v.a. der Sektoren Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft nationale Reduktionspfade für die Jahre 2013 bis 2020 sowie 2012 bis 2030. Derzeit wird zudem das Ziel bis 2050 klimaneutral zu sein, als Antwort auf den ‚Sonderbericht zu einer Zunahme der mittleren globalen Temperatur um 1,5°C, diskutiert.

Für Österreich beträgt das Ziel aus der Effort Sharing-Regulation von 2005 bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 36 % zu reduzieren. Wichtigste Quellen von Treibhausgasen in Österreich sind die Sektoren Energie und Industrie, Verkehr, Gebäude sowie Landwirtschaft⁹. Insbesondere der Verkehrssektor gibt hierbei Anlass zur Sorge, da die Emissionen dieser Verursachergruppe seit 1990 um über 70 % gestiegen sind. Eine so deutliche Trendumkehr wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht von alleine passieren. Hier benötigt es rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen, die Energieeffizienzmaßnahmen und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger forcieren und die Nutzung fossiler Energie unattraktiv machen.

ÖSTERREICHS MASSNAHMEN

Die Bundesregierung hat daher im Mai 2018 die Österreichische Klima- und Energiestrategie (#mission2030) beschlossen¹⁰. Die Strategie ist darauf ausgerichtet, die Nachhaltig-

keitsziele bis 2030 in den Bereichen Treibhausgas-Reduktion, erneuerbare Energie und Energieeffizienz im Einklang mit den Zielen der Europäischen Union zu erreichen. Die Sicherheit der Energieversorgung, Wettbewerbsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Forschung & Entwicklung komplettieren das Zielsystem der Strategie, welches somit im Wesentlichen mit den fünf Zieldimensionen der Energieunion der EU konsistent ist.

Ziel der #mission2030 ist der langfristige Umbau des Energiesystems, damit Österreich den Zukunftsherausforderungen im Klimaschutz gerecht werden kann und die Verpflichtungen auf europäischer Ebene eingehalten werden. Dies bedeutet, dass bis 2030 die Emissionen in Sektoren außerhalb des Emissionshandels um mindestens 36 % gegenüber 2005 reduziert werden müssen. Um dies zu erreichen, hat sich Österreich ambitionierte Ziele im Erneuerbaren-Ausbau und in der Energieeffizienz gesetzt. Der Anteil erneuerbarer Energie am Endenergieverbrauch soll bis 2030 auf 45 bis 50 % gesteigert werden, wobei im Strombereich das Ziel gesetzt wurde, 100 % des Gesamtverbrauchs bilanziell durch Erneuerbare abzudecken. Die Primärenergieintensität soll gegenüber 2015 um 25 bis 30 % sinken. Um diese ambitionierten Ziele zu erreichen, sieht die #mission2030 eine Reihe von Maßnahmen vor, an deren Umsetzung bereits intensiv gearbeitet wird. So wurden zwölf „Leuchtturmprojekte“ als erste wesentliche Schritte definiert, die sowohl kurzfristig als auch langfristig wirksame Maßnahmen beinhalten.

Die Strategie bildet auch die Grundlage für den nationalen Energie- und Klimaplan Österreichs¹¹ gemäß der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Governance-System für die Energieunion und den Klimaschutz. Der Entwurf des Plans wurde Ende Dezember 2018 an die EU-Kommission übermittelt. Diese hat dazu Mitte Juni 2019 Empfehlungen abgegeben, die nun in den finalen Plan integriert werden, der Ende 2019 wiederum an die EK zu übermitteln ist. In dem finalen Plan ist u.a. detailliert darzulegen, mit welchen Maßnahmen die energie- und klimapolitischen Zielsetzungen erreicht werden.

Im Falle der Nichterreichung des Effort Sharing-Ziels (Reduktion der Treibhausgasemissionen der Sektoren, die nicht vom Emissionshandel umfasst sind um 36 % zwischen 2005 und 2030) durch Maßnahmen im Inland müssten Emissionsrechte von anderen Mitgliedstaaten erworben werden. Die Kosten dafür könnten einige Milliarden Euro betragen¹². Daher sollten auch aus ökonomischen Gründen möglichst rasch

wirksame Maßnahmen zur Treibhausgasminde rung umgesetzt werden.

ÖKONOMISCHE POTENZIALE DES KLIMASCHUTZES

Ein Umstieg auf erneuerbare Energie kombiniert mit einer deutlichen Steigerung der Energieeffizienz bedeutet zwar eine nationale Kraftanstrengung, aber auch riesige Chancen. Derzeit gibt Österreich pro Jahr rund 10 Milliarden Euro für den Import fossiler Energieträger aus. Alternativ könnten heimische Ressourcen besser genutzt, Investitionen im Inland ausgelöst, und nachhaltig Beschäftigung geschaffen werden. Nachhaltige Nutzung der in Österreich reichlich verfügbaren Biomasse, ökologisch verträglicher Ausbau von Windkraft, Photovoltaik und Wasserkraft bieten in Kombination mit innovativen Technologien wie Elektromobilität auch ökonomisch interessante Perspektiven.

In den letzten Monaten ist das öffentliche Bewusstsein um die Bedeutung der Klimakrise deutlich gewachsen. Dies gibt deutlichen Rückenwind für wirksame Maßnahmen und sollte auch genutzt werden, bei den Bürgerinnen und Bürgern Bewusstsein für Klimaschutz zu schaffen. Letztendlich ist der individuelle Lebensstil eine zentrale Determinante für die nationale Klimabilanz. Flugreisen, viele Fahrten mit benzin- oder dieselbetriebenen Fahrzeugen, häufiger Konsum von Fleisch oder Heizen mit Öl schaden dem Klima und machen ein Erreichen der Klimaziele schwieriger. Den Preis einer etwaigen Nichterfüllung müssen allerdings wir alle zahlen. Besonders betroffen sind Kinder, ältere oder chronisch kranke Menschen sowie sozial schlechter gestellte Bevölkerungsgruppen, welche die negativen Folgen des Klimawandels bereits jetzt deutlicher spüren und auch kaum in der Lage sind, die gesundheitlichen Folgen sowie die zunehmend höheren Kosten für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu tragen. 🍷

JÜRGEN SCHNEIDER

ist Leiter der Sektion Klima im bisherigen Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, die zum künftigen Klimaschutz-Ministerium ressortieren wird.



AND_I, Maximus Skull Mask, SS 16, 2015
© Felix Vratny

1 Vgl. etwa <https://www.pnas.org/content/115/33/8252>

2 <https://www.ipcc.ch/sr15/>

3 <https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2018>

4 <https://www.weforum.org/reports/the-global-risks-report-2019>

5 <https://coin.ccca.ac.at/>

6 <https://sr18.ccca.ac.at/>

7 <https://unfccc.int/>

8 https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_de

9 http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/presse/lastnews/news2019/news_190129/

10 <https://mission2030.info/>

11 <https://www.bmnt.gv.at/umwelt/klimaschutz/nekp-entwurf.html>

12 Vgl. etwa <https://www.derstandard.at/story/2000102349261/koestinger-gibt-zu-verfehlte-klimaziele-kosten-so-viel-wie-steuerentlastung>

Wasserstoff löst keine Energieprobleme

Im letzten Wahlkampf hat v.a. die ÖVP Wasserstoff als klimafreundlichen Energieträgern gepriesen und auch im Regierungsprogramm seine stärkere Nutzung verankert. Doch der seit Jahrzehnten in der Wasserstoff-Forschung tätige Schweizer Brennstoffzellen-Experte **Ulf Bossel** sieht im Wasserstoff keinen nachhaltigen Beitrag zur Lösung unserer Energieprobleme.

Eigentlich könnte ich meine wissenschaftlich fundierten Untersuchungen zur Wasserstoffwirtschaft mit einem Zuruf an Sebastian Kurz mit einem modifizierten Zitat aus Goethes Faust beginnen: „Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt die Physik“. Sebastian Kurz möchte Österreich zur Wasserstoff-Nation Nummer 1 weltweit machen (1). Die junge Generation hat offensichtlich mit ihren Forderungen zur schnellen Lösung des Klimaproblems vielen konservativen Parteien Furcht und Schrecken eingeflößt. Nach jahrelangem Leugnen der Klimaerwärmung sind jetzt grüne Mäntelchen gefragt. Mit Wasserstoff, so glaubt man, könne das Klima gerettet werden. In vielen Ländern vertraut die Politik den mit den physikalischen Zusammenhängen wenig vertrauten Ideologen mehr als qualifizierten ExpertInnen. Aber physikalische Grundsätze lassen sich nicht durch Mehrheiten in Parlamenten verändern. Die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass Wasserstoff aus physikalischen Gründen nicht als Energieträger der Zukunft dienen kann.

Die ideologisch belasteten BefürworterInnen einer Wasserstoffwirtschaft sprechen von nachhaltiger Energie, die aus vielen Quellen abgeleitet werden kann. Diese Versprechungen sind kaum haltbar. Wasserstoff ist lediglich ein Energieträger, dessen Herstellung, Verteilung und Nutzung enorm viel Energie verschlingt. Selbst mit effizienten Brennstoffzellen kann man nur ein Viertel des ursprünglichen Energieinputs zurückgewinnen.

VERÄNDERUNGEN IM ENERGIEBEREICH

In Zukunft werden Solarstrahlung, Wind, Laufwasser, Wellen, Tidenhub, Geothermie und Biomasse geschätzte Energiequellen sein. Energie wird kostbar und muss deshalb mit höchster Effizienz verteilt und genutzt werden. Eine nachhaltige Energiezukunft ruht deshalb auf zwei Pfeilern:

1. Energie aus erneuerbaren Quellen;
2. rationellste Energienutzung von der Quelle bis zur gewünschten Dienstleistung.

Mit Ausnahme von Biomasse und direkt genutzter Solarwärme wird Energie aus erneuerbaren Quellen jedoch als elektrischer Strom „geerntet“. In einer nachhaltigen Energiezukunft werden fossile Energieträger durch Elektrizität verdrängt. Strom wird zur billigen Ausgangsenergie, während alle daraus künstlich erzeugten chemischen Energieträger – also auch Wasserstoff – teurer sein müssen.

Die eiligst beschlossenen Wasserstoff-Programme verdeutlichen, dass die Dringlichkeit der Energieproblematik auch PolitikerInnen bewusst geworden ist. Allerdings wird der begleitende Paradigmenwechsel zu wenig beachtet. Während die heutige Energiewelt auf chemischen Energieträgern aufgebaut ist, wird eine zukünftige Energiewirtschaft vom Strom dominiert sein. Fossile Brennstoffe werden dann rar und teuer oder dürfen wegen der CO₂-Emissionen nicht mehr eingesetzt werden. Aber Strom bleibt als „Quellenenergie“ vorhanden. Damit werden Verbrennungsmotoren und thermische Kraftwerke überflüssig, elektrische Antriebe, Elektroautos und

Wärmepumpen aber attraktiv. Wasserstoff jedoch muss elektrolytisch durch Einsatz von Strom mit hohen Verlusten gewonnen werden. Dies macht ihn zur teuren „Luxusenergie“ für einige spezielle Anwendungen, nicht aber zum universellen Energieträger in einer Wasserstoffwirtschaft. Die Energiewelt muss sich auf Strom, nicht auf Wasserstoff vorbereiten. Viele Wasserstoff-Programme könnten zu kostspieligen, zeitraubenden und erfolglosen Abenteuern werden.

ZWISCHEN HEUTE UND EINER NACHHALTIGEN ZUKUNFT

Trotz Globalisierung vollzieht sich der Übergang von einer fossilen zu einer nachhaltigen Energiewelt in allen Ländern und Regionen der Erde zeitlich versetzt und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Die Ölförderländer werden als letzte erneuerbare Quellen erschließen, während sich Länder wie Österreich, die Schweiz oder Dänemark schon deutlich in Richtung „Naturenergie“ bewegen, denn sie besitzen keine ausreichenden eigenen Quellen für Kohle, Öl oder Gas. Jede Region muss ihren Weg in die Energiezukunft finden. Der Umstieg kann nicht globalisiert werden.

Heute und in Zukunft wird sich die Energienutzung an das Energieangebot anpassen. Die Energiewirtschaft wird von mehreren Seiten bedrängt:

- * VerbraucherInnen reagieren auf steigende Energiepreise z.B. mit Gebäudesanierungen und sparsameren Fahrzeugen; der Anteil chemischer Energieträger am Gesamtverbrauch beginnt zu sinken.
- * Durch Gebäudesanierungen wird der Heizwärmebedarf so stark reduziert, dass der Einsatz von Elektroheizungen und Wärmepumpen vorteilhaft wird.
- * Dreiliter-Autos, Kleinfahrzeuge, Dieselmotoren und Hybridfahrzeuge sind Vorboten einer neuen Mobilitätsstruktur; für die kurzen Fahrten zur Arbeit werden Kleinfahrzeuge mit elektrischen Antrieben attraktiv.
- * Unter guten meteorologischen Bedingungen liefern Sonne, Wind & Co. bereits mehr Strom als den Betreibern thermischer Kraftwerke lieb ist; Strom verdrängt fossile Energieträger vom Energiemarkt.

Diese Trends führen zu einer graduellen Substitution chemischer Energieträger durch Elektrizität. Dann aber fehlt die Rechtfertigung für den Einsatz von Wasserstoff, denn mit wenigen Ausnahmen bietet die Originalenergie „Strom“ im Vergleich zum Abkömmling „Wasserstoff“ technische und wirtschaftliche Vorteile.

Man muss deshalb genau überlegen, wie viel Wasserstoff in einer nachhaltig geführten Energiewirtschaft überhaupt benötigt wird und welche energetischen Prozesse nur mit Wasserstoff durchgeführt werden können. Zur Optimierung der energetischen Effizienz wird man möglichst viel Strom direkt und möglichst wenig für die Erzeugung von Wasserstoff einsetzen. Nur so kann der Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen nachhaltig gedeckt werden.

ENERGIE FÜR EINE NACHHALTIGE ENERGIEZUKUNFT

Erneuerbare Energie wird hauptsächlich als Elektrizität „geerntet“. Gleichstrom kommt von Solarzellen. Wind-, Wasser-, Wellen- und Gezeitenkraftwerke liefern Wechselstrom, ebenso auch solarthermische und geothermische Kraftwerke. Im nachfossilen Zeitalter werden lediglich Biomasse und organische Abfälle als chemische Primärenergie für die Stromerzeugung und für die Herstellung flüssiger und gasförmiger Kohlenwasserstoffe zur Verfügung stehen. Der Fernverkehr – gleich ob zu Land, Wasser oder Luft – wird auch in Zukunft nicht ohne flüssige, aus Biomasse hergestellte Kraftstoffe auskommen können. Wasserstoff ist für diesen Einsatz ebenso schlecht geeignet wie in Batterien gespeicherter Strom. Wasserstoff scheitert am benötigten Tankvolumen, Strom am Gewicht der Batterien.

Um diese erneuerbare Energie mit höchster Effizienz zu nutzen, müssen verlustreiche Wandlungsprozesse vermieden werden. Biomasse wird deshalb nicht in Kraftwerken „verheizt“, um Strom für die elektrolytische Wasserstoff-Erzeugung zu gewinnen, sondern in synthetische Kraftstoffe umgewandelt werden. Mit geringstem Energieaufwand vergären Bakterien Biomasse zu gasförmigen oder flüssigen Energieträgern. Technische Prozesse, etwa das Fischer-Tropsch-Verfahren, stehen für die Umwandlung fester Stoffe zur Verfügung. Energetisch betrachtet ist die chemische Wandlung von Biomasse in Methan, Methanol, Ethanol oder Biodiesel der Kraftstoffsynthese aus Wasser- und Kohlenstoff immer deutlich überlegen.

DAS AUTOMOBIL ALS TRÄGHEITSAKTOR

Nach Durchführung der vertretbaren Sparmaßnahmen könnte man den Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen gut decken, wären da nicht die Bestrebungen rund ums Auto, an chemischen Energieträgern möglichst lange festzuhalten. Automobil- und Ölgesellschaften haben ein verständliches Interesse an fossilen Energieträgern für die eingeführte Antriebstechnik. Der Einsatz von Wasserstoff und Brennstoffzelle ist im Grunde eine technische Variante von Benzin und Ottomotor, nur mit einem anderen chemischen Energieträger.

Leider folgt die Politik den Argumenten der etablierten Lobby. Die Wasserstoff-Diskussion lenkt jedoch ab von dringend benötigten Maßnahmen im Energiebereich. Energieprobleme können nur durch Erschließung erneuerbarer Quellen und rationelle Energienutzung gelöst werden, nicht aber durch Wechsel des chemischen Energieträgers. Die verbreitete Faszination von Wasserstoff und Brennstoffzelle sind verständlich. Veränderungen im Energiebereich müssen jedoch auf physikalischen Fakten und technischen Erkenntnissen basieren und nicht auf faszinierenden Beobachtungen und naivem Wunschdenken. Auch hat Jules Verne in seinem 1874 veröffentlichten Zukunftsroman „Die geheimnisvolle Insel“ Cyrus Smith sagen lassen, dass Wasserstoff die Kohle der Zukunft sei. 145 Jahre später werten gewisse PolitikerInnen die Visionen Jules Vernes immer noch höher als die Grundlagen der Physik. Eigentlich ein Armutzeugnis, oder?

WASSERSTOFFWIRTSCHAFT IST ENERGIEVERSCHWENDUNG

Die relativ günstige Gewinnung von Wasserstoff aus Erdgas ist keine gute Eintrittskarte zur Wasserstoffwirtschaft, denn noch vor dem Versiegen der Gasquellen wird dieser Weg immer mit hohen CO₂-Emissionen verbunden sein, die man mit keiner der diskutierten Verfahren auf immer sicher verknappen kann. Wasserstoff lässt sich sauber nur durch die elektrolytische Spaltung von Wasser erzeugen. Dafür wird Gleichstrom benötigt und zwar viel mehr, als selbst mit bester Technik jemals aus dem erzeugten Brenngas zurückgewonnen werden kann. Bei der Elektrolyse wird elektrische Energie in chemische Energie umgewandelt. Wasserstoff ist also keine Energiequelle, sondern lediglich ein Sekundärenergieträger, vergleichbar mit dem Wasser in einer Zentralheizung.

Von der Quelle bis zur Nutzung gleicht der Weg des Wasserstoffs einem steilen Abstieg ins Tal. Jede Stufe der Energiekette ist mit Energieverlusten bzw. -aufwand verbunden. Bei jedem der insgesamt sieben Wandlungsschritte (vom erneuerbaren Strom über Umwandlung in Wasserstoff und wieder zurück in Strom) geht Energie verloren oder muss Fremdenergie eingesetzt werden. Insgesamt sind die Energieverluste jedoch so groß, dass dem Wasserstoffverbraucher hinter einer effizienten Brennstoffzelle nur noch ein kleiner Teil der elektrischen Primärenergie zur Verfügung steht. Nur ein Viertel des erneuerbaren Stroms wird genutzt, während drei Viertel ungenutzt zwischen Quelle und Nutzung verloren gehen. Diese Verluste sind physikalisch bedingt und können auch durch Verbesserungen der Energiewandlungsprozesse nicht wesentlich verringert werden.

Auch die heutige Energieversorgung ist nicht frei von Verlusten. Zwischen Ölquelle und Tankstelle werden 8 bis 12 % der sprudelnden Energie für Förderung, Raffinierung und Transport benötigt. Bei Wasserstoff gehen jedoch von der Elektrolyse bis zur Wasserstofftankstelle mindestens 50 % verloren oder müssen für Kompression, Verflüssigung, Transport, Umfüllen usw. aufgewendet werden. Noch schlimmer wird es bei einer Rückverstromung des Wasserstoffs. Selbst mit effizienten Brennstoffzellen steht den VerbraucherInnen nur etwa 25 % des für die Elektrolyse eingesetzten Stroms zur Verfügung. Bei direkter Stromverteilung könnten die VerbraucherInnen jedoch etwa 90 % des Stroms nutzen.

DIE BESONDERHEITEN DES WASSERSTOFFS

Wasserstoff ist kein Gas wie jedes andere. Aufgrund seiner physikalischen Merkmale unterscheidet er sich deutlich von Erdgas (Methan) oder Luft. Für den Einsatz von Wasserstoff im Verkehr muss Wasserstoff auf 900 bar verdichtet werden, damit der Tank mit 750 bar gefüllt werden kann. Diese extreme Kompression verschlingt etwa 20% der getankten Energie. Brennstoffzellenautos fahren mit Wasserstoff bei 750 bar 400 km weit.

Diese und andere physikalischen Merkmale machen reinen Wasserstoff nur bedingt geeignet als Energieträger für den täglichen Einsatz auf der Straße. Ein Tanklastwagen kann 26 t Benzin transportieren. Für dieselbe Energiemenge an Wasserstoff benötigt man etwa 22 mit Wasserstoffdruckflaschen (300 bar) beladene Wasserstofftransporter. Wegen der gerin-

gen Nutzladung werden pro 100 km Lieferdistanz über 6 % der gelieferten Energiemenge konsumiert. Bei Benzin sind es nur gerade einmal 0,2 %. Für die Verteilung von flüssigem Wasserstoff ist der spezifische Energiebedarf für den Transport niedriger. Dafür werden jedoch mindestens 30 % des Energieinhalts für die Verflüssigung des Wasserstoffs benötigt. Eine sinnvolle Lösung für den Straßentransport von Wasserstoff ist daher nicht in Sicht.

Im Gegensatz dazu kann man regenerativ gewonnenen Strom über Leitungen verteilen, denn es gibt keinen besseren Weg als den direkten Energietransport mit Elektronen. In modernen Netzen wird elektrische Energie mit einem Wirkungsgrad von über 90 % umweltfreundlich vom Kraftwerk zum Verbrauch transportiert.

Die BefürworterInnen einer Wasserstoffwirtschaft schlagen deshalb vor, Wasserstoff an Tankstellen vor Ort elektrolytisch zu erzeugen. Eine Autobahntankstelle, die in der Urlaubszeit täglich bis zu 60.000 Liter Benzin oder Diesel verkauft, hätte einen elektrischen Leistungsbedarf von mindestens 26 Megawatt (dies entspricht in etwa der Leistung des Windparks Kreuzstetten in Niederösterreich oder des Innlaukraftwerks Kirchbichl in Tirol) und würde 107 Kubikmeter sauberes Wasser täglich benötigen. Auch der Energietransport per Pipeline erfordert bei gleicher Energiemenge für Wasserstoff etwa viermal mehr Energie als für Erdgas. Aus verschiedenen Gründen sind sowohl die bestehenden Erdgasleitungen als auch die Erdgasinfrastruktur nicht für den Transport von Wasserstoff geeignet. Diese Fakten zeigen, wie sehr sich Wasserstoff von Erdgas unterscheidet und wie neuartig die Probleme einer Wasserstoffwirtschaft wären.

ENERGIEKOSTEN IN EINER WASSERSTOFFWIRTSCHAFT

Auch in Zukunft werden Energieverluste mit den Energiepreisen verrechnet. Da lediglich 50 % des für die Elektrolyse benötigten Stroms bei den VerbraucherInnen als nutzbarer Wasserstoff angeliefert wird, dürfte die im Wasserstoffgas enthaltene Energie mindestens doppelt so teuer sein wie elektrische Energie aus der Steckdose. Heizen mit Strom wäre billiger als Heizen mit Wasserstoff. Erdgas wird deshalb kaum durch Wasserstoff verdrängt werden. Heizöl und Erdgas werden durch kleine elektrische Heizgeräte gepaart mit exzellen-

ter Wärmedämmung ersetzt, nicht aber durch Wasserstoff mit konventioneller Heiztechnik.

Die Verteuerung gilt auch für die Stromerzeugung, denn selbst mit effizienten Brennstoffzellen kann man lediglich 50 % der im Wasserstoff enthaltenen Energie in elektrische Energie umwandeln. Aus Wasserstoff erzeugter Strom muss deshalb mindestens viermal teurer sein als Netzstrom. Angesichts der deutlich günstigeren direkten elektrischen Lösung kann die Stromerzeugung mit Wasserstoff und Brennstoffzellen nie attraktiv werden. Jeder Versuch, Strom in Form von Wasserstoff zu vermarkten, ist aus ökonomischen Gründen zum Scheitern verurteilt. Es gibt kein Nebeneinander von Wasserstoff und Strom, denn Wasserstoff an sich erfüllt noch keine Kundenwünsche. Die VerbraucherInnen benötigen Strom, notfalls auch von einer Brennstoffzelle.

WOHER WASSER UND ENERGIE FÜR WASSERSTOFF?

Die Konsequenzen einer Wasserstoffwirtschaft werden mit folgendem Beispiel verdeutlicht. Zur Herstellung von einem Kilogramm Wasserstoff (Energieinhalt von 3,5 Litern Benzin) werden 9 kg Wasser sowie (einschließlich Elektrolyse, Verflüssigung, Transport, Lagerung und Verteilung) etwa 100 kWh Strom benötigt. Am Frankfurter Flughafen werden täglich 50 Jumbo-Jets mit je 130 Tonnen (160 m³) Flugbenzin befüllt. Die gleiche Energiemenge steckt in 50 Tonnen (715 m³) flüssigem Wasserstoff. Zur Betankung aller Jumbos mit Wasserstoff müssten täglich 2.500 Tonnen Flüssigwasserstoff bereitgestellt werden, für dessen Herstellung man 22.500 m³ sauberes Wasser und die elektrische Leistung von acht Kraftwerken von je 1 GW benötigt (im Vergleich dazu hat das größte österreichische Kraftwerk, die Hauptstufe der Maltakraftwerke in Kärnten, eine Leistung von 0,73 GW). Für die Versorgung aller Flugzeuge des Flughafens mit Wasserstoff müsste man den Wasserverbrauch der Stadt Frankfurt und die Energie von mindestens 25 Großkraftwerken einsetzen.

Die Energie für den Wasserstoff stammt nicht nur aus „erneuerbaren Quellen“, wie das die BefürworterInnen einer Wasserstoffwirtschaft gerne darstellen. Die Fragen „Woher das Wasser?“ und „Woher der Strom?“ müssen vor dem Aufbau neuer Infrastrukturen zuerst einmal beantwortet werden. Es gibt viele Gegenden in der Welt, in denen das spärlich flie-

ßende Wasser zur Erhaltung menschlichen Lebens verwendet werden muss.

WOHIN FÜHRT DER WEG?

Der Übergang von der heutigen, vom Erdöl dominierten Energiewirtschaft zu einer nachhaltigen, von regenerativ erzeugtem Strom geprägten basiert also nicht auf einer einfachen Substitution fossiler Energieträger durch synthetischen Wasserstoff. Komplexe Veränderungen müssen in allen Bereichen der Energietechnik bedacht werden: Erzeugung, Verteilung, Speicherung und Nutzung sind in jedem Fall zu berücksichtigen. Die Energiewirtschaft wird auf den Kopf gestellt. Während chemische Energieträger heute die Ausgangsbasis bilden, wird es in Zukunft Strom aus erneuerbaren Quellen sein. Während heute Erdgas und Erdöl preisbestimmend sind, wird es in Zukunft Strom aus regenerativen Quellen sein. Der aus Strom gewonnene Wasserstoff wird immer teurer sein als die regenerativ erzeugte Elektrizität. Daran lässt sich nicht rütteln, weder mit neuen Entwicklungsprogrammen noch mit Mehrheitsbeschlüssen von Parteien und Parlamenten.

In einer nachhaltig geführten Energiewirtschaft wird synthetischer Wasserstoff deshalb keine wichtige Rolle spielen, denn „Strom direkt“ liefert fast immer bessere Lösungen. Der Sekundärenergieträger Wasserstoff kann sich nicht gegen den Energieträger Strom durchsetzen, mit dem er künstlich gewonnen wurde. In der nachhaltigen Welt verlieren Umweltargumente ebenfalls ihre Gültigkeit, denn elektrischer Strom ist ebenso sauber wie der daraus gewonnene Wasserstoff. Woher sollen die Energie für die Wasserstoffelektrolyse und das benötigte Wasser kommen? Eine quantifizierte Antwort auf diese Frage müssen die BefürworterInnen der Wasserstoffwirtschaft erst noch liefern.

Ein rein politisch gewollter Einstieg in eine Wasserstoffwirtschaft wird den Übergang zur Nachhaltigkeit nicht nur stark behindern, sondern vielleicht sogar unmöglich machen, weil viele Weichen falsch gestellt werden. Für alle BefürworterInnen einer nachhaltigen Zukunft hat die Erschließung neuer Energiequellen eindeutig Vorrang vor der Einführung eines neuen Energieträgers. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit der Frage, wie viele Kraftwerke (gleich ob Wind, Sonne oder Atom) die Menschheit akzeptieren kann. Die Zukunft verlangt markante Veränderungen im Energiebereich. Man sollte mit Mut und Zielstrebigkeit eine nachhalti-

ge Energiewelt direkt ansteuern, statt zuerst einmal mit einer Zwischenlösung namens Wasserstoffwirtschaft zu experimentieren. Der Weg führt zur effizienten Nutzung von Elektrizität aus erneuerbaren Quellen. Eine Wasserstoffwirtschaft hat keine Zukunft. Wir haben ein Energieproblem, kein Technologieproblem zu lösen. Der Weg in die Energiezukunft ist im Buch des Autors (3) umfassend dargestellt.

EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Für die rasche Umsetzung der Energiewende wäre es dienlich, die vier wesentlichen Veränderungen als Ziele zu fixieren, bevor man sich mit Maßnahmen in Teilbereichen beschäftigt. Die vier Schwerpunkte sind die folgenden:

1. Fossile Energieträger werden durch nachhaltig geerntete Energie ersetzt;
2. Verbrennungsmotoren werden durch Elektromotoren ersetzt;
3. Heizungen werden bei guter Wärmedämmung überflüssig;
4. Atomkraftwerke werden stillgelegt.

Mit diesen vier Prämissen sind klare Ziele für die Gestaltung einer gesicherten, sauberen und kostengünstigen Energieversorgung in allen Lebensbereichen genannt. Die Politik kann daraus Maßnahmen für die praktische Umsetzung ableiten und mit gesetzlichen Regelungen umsetzen. 🍷

DR. ULF BOSSEL

ist als Berater für nachhaltige Energielösungen in der Schweiz tätig. 2014 veröffentlichte er das Buch «Energiewende zu Ende gedacht».



Shooting für Demian, 1988
© Elfie Semotan

Referenzen

- (1) Sebastian Kurz. „Wir wollen bis 2030 die Wasserstoff-Nation Nr. 1 weltweit werden“. https://res.dieneuevolkspartei.at/Files/20190630_Klima_Umwelt-DarDWq.pdf
- (2) Ulf Bossel, Baldur Eliasson and Gordon Taylor. “TheFuture of the Hydrogen Economy: Bright or Bleak?”. <https://planetforlife.com/pdffiles/h2report.pdf>
- (3) Ulf Bossel, «Energiewende zu Ende gedacht – Was denn sonst?» Eigenverlag

Streiks gegen Macrons Pensionsreform

Der Dezember ist in Frankreich von Streiks gegen eine Pensionsreform geprägt, die Macron gegen die Gewerkschaften durchzusetzen trachtet. **Rudolf Walther** erläutert, worum es dabei geht.

In Frankreich war das Rentensystem bis zum Ende der IV. Republik (1944–1958) umstritten. Gegen die Rentenreform streikten 1953 die heute undenkbar vier Millionen Menschen. In der V. Republik gab es fünf Anläufe, das Rentensystem zu reformieren – 1995, 2003, 2007, 2010, 2019 – und fünf Streiks, die bislang viermal Erfolg hatten, nämlich die Regierung zum Rückzug oder zur Entschärfung der Reform zu zwingen.

Seit Macron jede seiner Reformen – zuweilen mit umstrittenen Methoden wie der verfassungsrechtlich zulässigen Umgehung des Parlaments – durchbrachte, reden Konservative und Rechte das Ende der Gewerkschaften herbei. In dieses Lied stimmten nach dem überraschenden Erfolg der Bewegung der „gilets jaunes“ viele Beobachter ein. Sie verkündeten den Untergang der Gewerkschaftsverbände, weil sie sich gegenüber den „Gelbwesten“ zunächst so desinteressiert zeigten, wie diese von institutionell organisierter Politik. Wüste Erscheinungen am Rande der Gelbwesten-Proteste dienen einigen dazu, die Bewegung pauschal als „antisemitisch“ und Anhängsel von Marine Le Pens Partei zu etikettieren.

Angesichts des Generalstreiks vom 5. Dezember 2019 und der folgenden Streiktage erweisen sich beide Prognosen als voreilig. Ostentativ und sogar für rasende Medien unüberschaubar demonstrierten Gewerkschaften und „gilets jaunes“ gemeinsam gegen das Rentenreformprojekt von Macron. Nur so erklärt sich die massenhafte und flächendeckende Mobilisierung von rund einer Million Demonstrierenden – ein Vielfaches der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder. Und es streikten nicht nur Eisenbahner, Busfahrer und Metro-Angestellte, son-

dern auch Lehrer, Anwälte, Ärzte, Krankenschwestern, Angestellte in Verwaltungen sowie Feuerwehrleute.

Die Breite der Mobilisierung erklärt sich aus der Präsentation des Reformprojekts, dem Macron die Durchsetzungschancen zu erhöhen und den Gewerkschaften die Mobilisierung zu erschweren glaubte, indem er die Details der Reform gar nicht erst bekannt gab. Das wird erst am Dienstag oder Mittwoch geschehen. Angekündigt im Herbst 2017, trat die Reform vor einem halben Jahr in das Stadium der das Publikum benebelnden Stimmungsmache. Seither wird ihm mit einer einzigen Zahl ununterbrochen eingetrichtert, die existierenden 42 Rentenregelungen für fast so viele Berufsgruppen seien abzuschaffen und zu ersetzen durch ein einheitliches Punktesystem für die einbezahlten Rentenbeiträge. Das hört sich nicht ganz unvernünftig an, ist aber erstens politisch hinterhältig und zweitens fundamental ungerecht.

Das im internationalen Vergleich relativ hohe Rentenniveau und das frühe Renteneintrittsalter für einzelne Berufsgruppen wurde bislang doppelt gerechtfertigt – mit der Belastung durch Schichtdienste und mit dem geringen Lohn in der Gegenwart, der in der Zukunft mit einer guten Rente kompensiert werden soll. Mit der Ersetzung der 42 Sonderregelungen durch ein Punktesystem würden stillschweigend auch solche Kompensationsversprechen abgeräumt.

Schreiend ungerecht ist das scheinbar einfache Punktesystem, weil es gegen die elementarste Grundlage des Gerechtigkeitsprinzips verstößt und wie ein Rasenmäher funktioniert: Das Gerechtigkeitsprinzip verlangt, – sachlich angemessen

und logisch zwingend – Gleiches gleich und Ungleiches ungleich zu behandeln.

Die Rasanz und Vehemenz der Proteste erklären sich aus der Verletzung des Gerechtigkeitsanspruchs, denn mit der Einführung eines Punktesystems werden nicht „Privilegien“ und „Pfründen“ beseitigt und „mehr Gleichheit und Gerechtigkeit“ geschaffen (Jürg Altwegg, FAZ), wie es aus hiesigen Medien seit Monaten fast unisono tönt, sondern Versprechen gebrochen, an denen sich Menschen in der Arbeit und im Leben orientiert haben. Es geht Angst geht um, denn Viele könnten viel verlieren. Und dabei geht es nicht um den Verlust von „Privilegien“, sondern um kompensatorische Leistungen für Menschen, die unter hohen Temperaturen und Lärm arbeiten oder lebenslang in Nacht- und Wechselschichten eingespannt sind, wodurch ihre Gesundheit und ihr soziales Leben belastet und gefährdet werden

Andererseits ist offensichtlich, dass es unter den 42 Rentenregelungen solche gibt, die man als „Erbhöfe“ bezeichnen kann, weil die sachliche Grundlage für Ausnahmeregelung längst verschwunden ist oder von Anfang an dysfunktional war. Letzteres gilt für Sonderregeln für Militärbedienstete, Angestellte der Pariser Oper, der Müllabfuhr, in der Strom- und Gaswirtschaft oder bei Verkehrsbetrieben. Hier leuchtet für viele Bereiche sofort ein, dass eine Harmonisierung bzw. eine Reform der Systeme unumgänglich und sinnvoll ist. Und das spiegelt sich auch in Umfragen: 76 Prozent der Franzosen halten das Rentensystem für reformbedürftig.

Aber nach denselben Umfragen sind auch 70 Prozent gegen diese Reform und optieren für Streiks, um die Reform zu verhindern. Das Motiv vieler liegt im verlorenen Vertrauen in den Staatspräsidenten und seine Regierung. Das Misstrauen hat eine zweifachen Grundlage: Es beruht auf der Komplexität der Systeme, die nur noch Fachleute durchschauen und auf der Informationspolitik der Regierung, die erst am Mittwoch, 11. Dezember 2019, sechs Tage nach dem Generalstreik und ein halbes Jahr nach dem Beginn der offiziellen Propaganda für eine Rentenreform, über Details des Vorhabens informierte.

Schon am Wochenende davor erklärte Édouard Philippe, auf „Konfrontation“ baue seine Politik niemals. Er schürte damit Hoffnungen auf einen Teilrückzieher in der Rentenpolitik, nachdem die Taktik der Informationsdrosselung und der Konzentration auf die rundum unbestritten notwendige Re-

duktion der Sonderregelungen für Renten in Teilbereichen gescheitert war und die Gewerkschaften am Dienstag noch einmal zu Großdemonstrationen mobilisiert hatten.

Es ist kein Zufall, dass im Zusammenhang mit den aktuellen Protesten immer auf den dreiwöchigen Streik der französischen Eisenbahner gegen eine Rentenreform in November/Dezember 1995 erinnert wird. Damals war es der Soziologe und Philosoph Pierre Bourdieu, der gegen konformistische Intellektuelle auftrat, die den neoliberalen „Juppé-Plan“ begrüßten und gegen „Privilegierte“ polemisierten. Der Plan sah nichts Geringeres vor, als den Sozialstaat zu demontieren, um den Staatshaushalt zu sanieren und die ominöse 3-Prozent-Verschuldungshürde zu meistern. Bourdieu machte den Streikenden und den Gelehrten der „pensée unique“ (frei übersetzt: Normalitätsdenkerei) in Wissenschaft und Medien klar, dass die Proteste gegen den „Juppé-Plan“ nur für die Regierenden eine „Krise“ bildeten, für Linke, Gewerkschaften und soziale Bewegungen dagegen einen Garant für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft. Bourdieu sprach 1995 vor streikenden Eisenbahnern in der Pariser Gare de Lyon und ermunterte sie zur „Wiedereroberung der Demokratie gegen die Technokratie“, die der „Staatsadel“ im Zusammenspiel mit Banken, Wirtschaftsverbänden und willigen „Doxosophen“ (etwa „Meinungshuber“, die sich als Experten aufspielen) durchsetzen wollte. Von den Intellektuellen war Bourdieu damals fast der einzige unter den prominenten, der sich mit den „kleinen Leuten“ solidarisierte und deren Mühsal zu überleben anerkannte. Genauso stehen jetzt in einem Aufruf 180 Intellektuelle und Künstler zu den Streikenden. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. Annie Ernaux und Arianne Mnouchkine sowie Etienne Balibar und Thomas Piketty. Wie Bourdieu 1995 wenden sie sich gegen die Denunziation der Streikenden als „Privilegierte“.

Die mit Spannung erwartete Rede des Premierministers Philippe vom 11. Dezember 2019 brachte keine Überraschungen. Die Regierung hält an der Rentenreform fest. Philippe gab sich sehr moderat, geradezu versöhnlich, zollte den Gewerkschaften „Respekt“ vor ihrer „kämpferischen Kultur“ und distanzierte sich selbst von jeder „kriegerischen Rhetorik“ bei der Vorstellung des „neuen Pakts zwischen den Generationen.“ In der über eine Stunde dauernden Rede gebrauchte er das Schlüsselwort „Privilegien“ aus der vorangegangenen Propagandakampagne nur ein einziges Mal. In der Sache macht die Regierung einige Konzessionen. Von der garantierten Mindestrente von 1.000 Euro werden vor allem

Frauen, Bauern und Kleinunternehmer profitieren. Die zeitlich auf 15 Jahre gestreckte Transformation der 42 Sonderregelungen in ein „einheitliches und gerechtes“ Punktesystem wird die „wohlerworbenen Rechte“ der vor 1975 Geborenen nicht tangieren. Das gilt auch für die Ansprüche aus beschwerlicher, körperlicher Arbeit und Schichtarbeit. Wer über das 62. Altersjahr hinaus weiterarbeitet, kann Prämien erwarten. Ob die Konzessionen für eine Beendigung des Streiks ausreichen, ist unklar. 🍷

RUDOLF WALTHER

ist Historiker und freier Publizist. Einige seiner vor allem in Zeitungen und Zeitschriften in der Schweiz und in Deutschland veröffentlichten Essays sind in bislang vier Bänden unter dem Titel „Aufgreifen, begreifen, angreifen“ im Oktober-Verlag nachzulesen. Der vorliegende Bericht ist auch in der Netz-Zeitschrift „Gegenblende. Debatten-Zeitschrift des DGB“ (www.gegenblende.de) erschienen.



Arthur Arbesser, FW 17/ 18, LOOK 20
© Yannis Vlamos

Was kommt nach Corbyn?

Nach der Wahlniederlage am 12. Dezember bestimmt die britische Labour Party ihren Vorsitz und dessen Stellvertretung neu. Eine Abkehr vom politischen Kurs, der 2015 mit Corbyns Wahl eingeleitet wurde, scheint zwar vorläufig ausgeschlossen. Trotzdem ist die Vorsitzwahl ein wichtiger Schritt im Ringen um die künftige Ausrichtung der Partei. **Ludwig Dvořák** stellt die wichtigsten KandidatInnen dieser Wahl und die Standpunkte und Gruppen vor, die sie repräsentieren.

Als Jeremy Corbyn 2015 von den Parteimitgliedern mit deutlicher Mehrheit zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, war niemand so schockiert darüber wie Labours Parlamentsfraktion. Mit voller Berechtigung erkannte die Mehrzahl der Abgeordneten dieses Ergebnis als das, was es war: Ein Misstrauensbeweis der (massenhaft neu beigetretenen) Mitglieder gegen ein Partei-Establishment, das jeden Bezug zu Realität außerhalb des Regierungsviertels verloren hatte und das gute Kontakte zu befreundeten JournalistInnen als wichtigsten Maßstab politischen Wirkens ansah. Den von Corbyn eingeschlagenen, links-sozialdemokratischen Kurs in der Sozial- und Wirtschaftspolitik trug das Gros der Parlamentsfraktion nur äußerst widerwillig mit und sparte nicht an öffentlichen Wortmeldungen, um Corbyn und seine Politik zu verdammern. Ein Versuch, Corbyn 2016 von der Spitze wegzuputzen scheiterte an den Mitgliedern, die von manchen geradezu herbeigesehnte Niederlage bei den Unterhauswahlen 2017 fand nicht statt.

Doch nach Labours Niederlage am 12. Dezember werden die Karten neu gemischt. Parteichef Jeremy Corbyn hat einen geordneten Rückzug aus seinem Amt angekündigt, bis 4. April 2020 wird der Parteivorsitz neu gewählt. Weil wenige Wochen vor der Wahl auch der Stellvertretende Parteivorsitzende Tom Watson zurückgetreten war, wird gleichzeitig auch diese wichtige Funktion neu besetzt. Beide Parteiämter werden von den Mitgliedern gewählt.

Corbyns GegnerInnen des alten Parteiestablishment haben aber zum überwiegenden Teil aus den Niederlagen der letzten Jahre gelernt. Nur besonders Unbelehrbare, wie der frühere Blair-Vertraute Lord Andrew Adonis sprechen – öf-

fentlich – davon, dass der „Corbynismus“ ausgelöscht werden müsse. Der Großteil hat sich damit arrangiert, dass die unter Corbyn vollzogene Rückkehr zu einem inhaltlich sozialdemokratischen Programm oder einer engen Einbeziehung der Gewerkschaften – vorläufig – unumkehrbar ist und es zumindest rhetorische Bekenntnisse zur demokratischen Einbindung der Mitglieder braucht.

Die Vorsitzwahl 2020 findet damit unter grundlegend anderen Voraussetzungen als 2015 statt. Hatte 2015 das Argument der „unwählbaren Linken“ vor dem Hintergrund der Niederlagen Gordon Browns und Ed Milibands keine spürbare Wirkung mehr, ist das Selbstvertrauen vieler Parteilinker nach den schweren Verlusten im Dezember 2019 merklich angeknackst. Gleichzeitig hat sich der parteiinterne und der öffentliche Diskurs so deutlich nach links verschoben, dass die politischen Trennlinien zwischen manchen KandidatInnen deutlich weniger scharf konturiert sind als 2015.

Nichtsdestotrotz ist diese Wahl durchaus maßgeblich dafür, wie sich die Labour Party weiterentwickelt und nicht zuletzt dafür, ob sie in den nächsten fünf Jahren die Grundlagen dafür schafft, das erfolgreiche rechtspopulistische Projekt Boris Johnsons zu schlagen.

NOMINIERUNGS- UND WAHLSYSTEM

Voraussetzung dafür, um bei der Urwahl der Mitglieder am Stimmzettel zu stehen, ist eine entsprechende Nominierung. 2015 mussten 15% der Unterhaus- und Europaabgeordneten der Labour-Fraktion eine solche Nominierung un-

terstützen. Am Parteitag 2018 wurden die Voraussetzungen geändert: Nunmehr genügen 10% der Abgeordneten (aktuell also 22 Fraktionsmitglieder). Daneben braucht es aber auch die Unterstützung von 5% (also 33) der Labour-Wahlkreisorganisationen (CLP=Constituency Labour Party) oder von drei Vorfeldorganisationen (affiliated organisations), die zusammen zumindest 5% der „affiliated members“ repräsentieren. Neben den als UnterstützerInnen der Labour Party deklarierten Gewerkschaften kommen dafür die „klassischen“ 21 Vorfeldorganisationen von Labours Frauenorganisation bis zu Labours Anwaltsvereinigung in Frage. Mit dieser Statutenänderung sollte das „Monopol“ der Parlamentsfraktion bei der Nominierung von KandidatInnen gebrochen und die Rechte der Mitglieder gestärkt werden. Das Mindestanforderungs von 22 Nominierungen durch Parlamentsabgeordnete wird aber auch bei dieser Wahl das BewerberInnenfeld einschränken. Anders als 2015 wird die Nominierung einer deklariert linken Kandidatur aber wohl keine Zitterpartie werden.

WER STELLT SICH DER WAHL?

Obwohl die Kandidaturen- und Nominierungsfrist noch nicht abgelaufen ist, ist mit höchster Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass zumindest vier KandidatInnen die notwendige Nominierungsschwelle durch die Parlamentsfraktion erfüllen werden: die deklariert linke Schatten-Wirtschaftsministerin Rebecca Long-Bailey, die Abgeordnete Jess Philipps, die als Zukunftshoffnung des blairistischen Partei-Establishment gilt, die Abgeordnete Lisa Nandy, die unter Ed Miliband als „gemäßigt links“ galt, aber sowohl bei den Vorsitzwahlen 2015, als auch 2016 gegen Corbyn Partei ergriff. Und schließlich der derzeitige Schatten-Brexit-Minister Keir Starmer, der als Favorit gilt. Daneben haben auch die derzeitige Schatten-Außenministerin Emily Thornberry und der eher der Parteilinken zugerechnete Abgeordnete Clive Lewis ihre Kandidatur erklärt. Während Lewis bereits an den notwendigen Unterstützungserklärungen scheiterte, gilt es als fraglich, ob Thornberry ausreichend Nominierungen aus den Gewerkschaften oder den lokalen Parteiorganisationen erhält.

Als derzeitige Favoritin für die Funktion des/r Stellvertretenden Parteivorsitzenden gilt die Schatten-Bildungsministerin Angela Rayner, weitere KandidatInnen mit Chancen für eine Nominierung sind der Corbyn-Gegner Ian Murray, der Parteilinke Richard Burgeon sowie die Frauenvorsitzende und Schatten-Gleichstellungsministerin Dawn Butler.

WER STIMMT AB?

Neben den derzeit knapp über 500.000 Parteimitgliedern können auch Neumitglieder, die bis 20. Jänner der Partei oder bis Ende Jänner einer angeschlossenen Organisation oder Gewerkschaft beitreten und sich zur Labour Party deklarieren, abstimmen. Auch Nicht-Mitglieder, die sich in einem eher kurz gehaltenen Zeitfenster als zahlende Mitglieder registrieren sind stimmberechtigt.

POLITISCHE TRENNLINIEN

Die Dynamik des parteiinternen Wahlkampfes 2015 zeichnete sich durch den Wunsch zehntausender Labour-AnhängerInnen aus, „ihre Partei“ aus den Fängen einer kleinen Clique selbstzufriedener, erfolgloser Polit-Ehrgeizlinge zu befreien und die Labour Party wieder zu einer sozialdemokratischen Partei zu machen. Hunderttausende Neueintritte spiegelten diese Dynamik wider. Jeremy Corbyns politisches Außenseiter-Dasein, seine Geradlinigkeit und die Selbstverständlichkeit, mit der er sich – anders als seine innerparteilichen KonkurrentInnen – gegen die Kürzung von Sozialleistungen, für eine Abkehr von der konservativen Austeritätspolitik und für die Einbindung von sozialen Bewegungen aussprachen, waren dabei seine stärksten Assets.

2020 steht politisch vor allem die Frage im Zentrum, wer die Konservativen mit welcher Strategie schlagen kann. Der wohl stabilste Faktor bei dieser Vorsitzwahl ist allerdings der Wunsch eines großen Teils der Parlamentsfraktion (Parliamentary Labour Party – PLP) zurück zur „Normalität“ vor 2015 zu gelangen, in der die Fraktion das unumstrittene Zentralgestirn der Labour Party war und Gewerkschaften und erst recht individuelle Mitglieder eine vornehmlich passive Rolle einnahmen. Wie dieser Weg zurück in die Zukunft am besten zu bewerkstelligen ist, darüber scheiden sich jedoch die Geister: Während die blairistischen PuristInnen Jess Philipps bevorzugen und die EU-skeptischeren AnhängerInnen der „alten Ordnung“ die aus einem Leave-Wahlkreis stammende Lisa Nandy präferieren, sehen viele in der Parlamentsfraktion Keir Starmer als den aussichtsreichsten Kandidaten, um die von ihnen gewünschten Ziele zu verwirklichen. Starmer kommt nicht aus der traditionellen Parteilinken und ist mit den Konventionen der PLP kompatibel. Weder will er, noch könnte er die Mitgliedschaft mobilisieren, um Politikvorstellungen gegen die PLP durchzusetzen, wie es Corbyn 2016 getan hat. Starmer

ist wenig charismatisch, aber hat großes diplomatisches Können und ist wesentlich versierter im traditionellen Debatten-setting des britischen Unterhauses. Seine integrative Art und der Umstand, dass er anders als Nandy und v.a. Philipps nie öffentlich über Corbyn hergezogen ist und die von ihm eingeleitete wirtschafts- und sozialpolitische Kehrtwende preist, macht ihn aber auch für viele in der Labour Party, die Corbyn unterstützt haben, wählbar. Als Kampagnenchef hat Starmer einen früheren Büroleiter Corbyns engagiert und bemüht sich auch sonst um Signale, den politischen Kurs Corbyns inhaltlich fortsetzen zu wollen. Starmer selbst beschrieb sich wenige Tage nach der Wahl selbst damit, er sei wohl kein Corbynist, aber ein stolzer Sozialist. Starmer ist ein Stück „normaler“ Politikbetrieb mit Ansätzen inhaltlicher Radikalität. Damit kann er sicherlich auch unter Mitgliedern punkten, die nach Jahren medialer Dämonisierungskampagnen gegen Corbyn darauf hoffen, dass ein „ganz normaler“ Politikertypus stärker gegen solche Medienangriffe bestehen kann. Seine größten Schwächen müssen bei einer Urwahl keineswegs negativ wirken. Dass Starmer als gut-situierter Remainer gilt und einen Londoner Wahlkreis vertritt, wird zwar von manchen als strategisches Problem dafür gesehen, mit ihm das verlorengangene Vertrauen in nordenglischen Leave-Wahlkreisen wiederzugewinnen. Labours Mitgliedschaft ist jedoch stark überwiegend pro-Remain eingestellt und ist die Partei mehr denn je v.a. in den Metropolen des Landes stark.

DIE POSITION DER LABOUR-LINKEN

Anders als 2015 hat die Parteilinke bei dieser Wahl daher kein „Monopol“ auf klassisch-sozialdemokratische Politik. Wesentliches Unterscheidungsmerkmal wird neben graduellen Unterschieden in der Pointiertheit inhaltlicher Positionen v.a. die Frage der strategischen Ausrichtung sein. Mit der 40-jährigen Rebecca Long-Bailey tritt die Architektin von Labours radikalem Programm für eine „Grüne Industrielle Revolution“ an, mit der sie die Umsetzung ehrgeiziger Klimaziele mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der darniederliegenden englischen Regionen außerhalb Londons verbinden möchte. Long-Bailey verortet den Schlüssel zu einem künftigen Wahlsieg in der Vereinigung „all unserer Kerngebiete“: Mit ihrer Positionierung als „untypischer“ Politikerin, dem Versprechen einer offensiven Industrie-Strategie und der Ansage, das Establishment „mit Zähnen und Klauen zu bekämpfen“ zielt sie auf die Mobilisierung politisch frustrierter WählerInnen in Nordengland. Gleichzeitig betont sie, Johnsons nationalistischer

und ausgrenzender Politik keinen Milimeter nachgeben zu wollen und niemals MigrantInnen und Angehörige ethnischer Minderheiten wahltaktischen Überlegungen zu opfern. Gemeinsam mit ihrer klimapolitischen Positionierung zielt sie damit auf die Einbindung sozialer Bewegungen und der großstädtischen Mittel und Unterschicht. Auch wenn Long-Bailey sich gegen die mediale Zuschreibung wehrt, die „Kandidatin der Kontinuität“ zu sein, stellt sie insofern tatsächlich am ehesten eine Kontinuität mit der wichtigsten Eigenschaft corbynistischer Politik dar: Der Lösung von der Vorstellung, dass Politik sich ausschließlich oder vornehmlich in Westminster und den britischen Fernsehstudios abspielt. Während Starmer auf die Karte des konventionellen Polit-Profis mit sozialistischen Überzeugungen setzt, liegt Long-Baileys potenzielle Stärke in der Verkörperung eines untypischen, aktivierenden Politikstils. Long-Bailey und Starmer sind gewissermaßen die britische und geschlechtermäßig umgekehrte Version des us-amerikanischen Gegensatz-Paares Bernie Sanders und Elizabeth Warren. Inhaltlich mit wichtigen Überschneidungen, besteht ein maßgeblicher Unterschied in der Einstellung zur Rolle von Basismobilisierungen in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen.

Von anderen Ausgangspunkten kommend setzen allerdings auch die anderen beiden realistischen Bewerberinnen, Jess Philipps und Lisa Nandy, mit unterschiedlichen Akzenten auf die Rolle „untypischer“ Politikerinnen. Jess Philipps versucht sich als „ganz normale“ Frau zu positionieren, die „Klartext“ spreche, wobei es ihr bislang nicht gelingt, den Eindruck zu entkräften, die Kandidatin des blairistischen Establishments zu sein. Lisa Nandy wiederum versucht sich als Hinwendung zu „klassischen“ Kernschichten in Szene zu setzen, ohne prononciert links zu sein. Mit einer Positionierung für einen „soft Brexit“ und gegen die „Westminster bubble“ versucht auch sie sich in einen Gegensatz zu den Londoner Eliten zu setzen.

LINKE REIBEREIEN

Mehr als alle anderen KandidatInnen hat Rebecca Long-Bailey mit der Tendenz der Linken zu kämpfen, tatsächliche politische Differenzen und zu politischen Differenzen hochgespielte Rechthabereien auszutragen. Anders als Corbyn, der sehr gekonnt unterschiedliche Traditionen und Strömungen innerhalb der Labour-Linken integrieren konnte, ist Long-Bailey mit Vorbehalten und Konflikten innerhalb der Par-

teilinken konfrontiert. Tagelang kursierten Gerüchte, Teile der „traditionellen“, EU-skeptischen Parteilinken und der linken Gewerkschaft UNITE würden versuchen, einen linken Kandidaten neben Long-Bailey zu positionieren. Gleichzeitig sieht sich Long-Bailey aber auch der Kritik ausgesetzt, zu sehr unter dem Einfluss eben dieser Parteiteile zu stehen, weshalb Parteilinke wie der Publizist Paul Mason öffentlich gegen sie Position beziehen. Die Gewerkschaft UNISON, deren Führungsspitze Corbyn immer nur widerwillig unterstützt hatte, hat sich zwischenzeitlich für Keir Starmer ausgesprochen. UNITE, die größte und am weitesten links stehende britische Gewerkschaft, hat sich für Long-Bailey als neue Vorsitzende ausgesprochen.

AUSSICHTEN

Anders als 2015 dominiert diese Vorsitzwahl jedenfalls in ihren ersten Momenten weniger die Hoffnung und Zuversicht, ein neues Projekt zu beginnen, als Rat- und Mutlosigkeit angesichts der erlittenen Niederlage. Am zielorientiertesten wirken jene Teile der PLP, deren Hauptanliegen weniger ein Erfolg an den Urnen, als die mittelfristige Überwindung des Corbynismus und die Wiederherstellung der alten Ordnung ist.

In dieser Situation hat ein alles andere als charismatischer, aber als integer und diplomatisch geltender Politiker wie Keir Starmer gute Chancen, als „Einiger“ der Partei die Vorsitzwahl für sich zu entscheiden. Seine Wahl brächte wohl nicht die von manchen in der PLP erhoffte Auslöschung des „Corbynismus“, sie wäre aber zweifellos ein vorläufiger Stopp der Linksentwicklung und eine teilweise Rückkehr zu einem konventionelleren Politikbetrieb in der Labour Party.

Entscheidend wird sein, ob es der Parteilinken und Rebecca Long-Bailey noch gelingt, eine neue Dynamik in die Vorsitz-Wahl zu bringen und die in den letzten Jahren stark gewachsene Zahl der Mitglieder zu aktivieren. Noch entscheidender als für die Entscheidung über die Person an der Spitze der Labour Party wird diese Fähigkeit, auch weiterhin zehntausende Menschen zu aktivieren und in Kampagnen einzubinden für die eigentliche Herausforderung sein: Boris Johnsons rechtspopulistisches Projekt in den nächsten fünf Jahren zu besiegen. Die kritiklose Unterwürfigkeit der britischen Medien gegenüber Johnson und die besonders gegen Long-Bailey einsetzende Schmutzkübel-Kampagne selbst

der „Qualitätsmedien“ gegenüber Labour stellen eindrucksvoll unter Beweis, dass mehr denn je die Macht der Vielen notwendig sein wird, um der geballten Medienmacht des großen Geldes etwas entgegenzusetzen zu können. 🍷



Andreas Kronthaler for Vivienne Westwood, Advertising Campaign, FW 18/19
© Juergen Teller

Neosozialismus?

War der Begriff des Sozialismus nach 1989 aus der politischen Debatte weitgehend ausgeschlossen und diskreditiert, taucht er seit einigen Jahren häufiger wieder als positiver Bezugspunkt auf. Ein aktueller Sammelband von Klaus Dörre und Christiane Schickert bemüht sich um eine Auseinandersetzung mit aktuellen Aspekten des Sozialismusbegriffes. **Joachim Hirsch** bespricht das neue Buch.

Immer noch wird gerne mal „Sozialismus“ als Schreckgespenst an die Wand gemalt, etwa wenn der kaputtgemachte Sozialstaat ein bisschen repariert werden soll oder die Übel der „Planwirtschaft“ beschworen werden, wenn es darum geht, den CO₂-Ausstoß zu beschränken. Zugleich verweisen gerade diese Beispiele darauf, dass der Kapitalismus in einer schweren ökonomischen, sozialen und politischen Krise steckt: auseinanderfallende Gesellschaften, die damit verbundene Krise der liberalen Demokratie, die Erderwärmung mit ihren dramatischen Folgen und sehr viel anderes mehr. Immer deutlicher wird, dass der Kapitalismus tatsächlich ein Katastrophenprogramm ist. Also ist es nicht nur angebracht, sondern dringend notwendig, über eine Veränderung der herrschenden Gesellschaftsordnung nicht nur nachzudenken, sondern auch zu handeln. Wenn dabei von „Sozialismus“ die Rede ist, hat man es allerdings mit der Schwierigkeit zu tun, wie mit den dramatisch gescheiterten sozialistischen Experimenten im 20. Jahrhundert umzugehen ist. Das gilt nicht nur für die zusammengebrochenen, sich sozialistisch nennenden Staaten, sondern auch für die Reformpolitik sozialdemokratischen Musters.

In diesem Kontext steht der von Klaus Dörre und Christiane Schickert herausgegebene Band „Neosozialismus“. Er enthält eine Reihe von Beiträgen, die aus einer Konferenz der Jenaer Forschungsgruppe „Postwachstumsgesellschaften“ hervorgegangen sind. Dabei geht es um eine Wiederbelebung der Sozialismusdebatte und um nicht weniger als „Ideen, Visionen und Ziele“ einer „humaneren Gesellschaft jenseits des Kapitalismus“ (7).

Klaus Dörre nennt in seinem einleitenden Beitrag noch einmal kurz die im Wesentlichen bekannten Ursachen für das

Scheitern der sozialistischen Versuche im 20. Jahrhundert und entwickelt daraus, was er unter „Neosozialismus“ versteht. Es gehe dabei vor allem um die Vermeidung von Machtballungen und die Existenz einer starken demokratischen Zivilgesellschaft, die auch politischen Gegnern Freiheiten einräume. Es gäbe für einen neuen Sozialismus kein fertiges Modell und zu seiner Verwirklichung bedürfe es demokratischer Mehrheiten. Als grundlegende Prinzipien gelten die Durchsetzung einer demokratischen gesellschaftlichen Regulationsweise, die Verwirklichung der substantiellen Gleichheit aller Menschen, eine radikale Demokratisierung der Wirtschaft und die Einführung kollektiver Eigentumsformen in zentralen Wirtschaftsbereichen. Und schließlich sei dies nur als den Nationalstaat übergreifendes europäisches Projekt vorstellbar. Dieser Neosozialismus stehe deshalb auf der Tagesordnung, weil die ökologisch-ökonomische Krise des Kapitalismus einen fundamentalen Transformationsprozess zur Folge habe, der umkämpft sei, aber auch in emanzipativer Absicht gestaltet werden könne. Es müsse verhindert werden, dass die Antwort auf die sich eröffnende „Systemfrage“ den Rechtspopulisten überlassen bleibe.

Das alles ist nicht besonders neu. Die eigentlichen Probleme stellen sich dann, wenn es darum geht, diese Prinzipien in konkreten gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Organisationsformen zu realisieren. Dazu findet man im vorliegenden Band eher wenig. Und vor allem ist völlig offen, wie ein Weg dahin aussehen könnte. Nicht unproblematisch ist auch die von Dörre unterstellte große Formationskrise des Kapitalismus, die die Frage gesellschaftlicher Alternativen notwendigerweise auf die Tagesordnung setze. Dies erinnert sehr an aus der Geschichte der Sozialismusdiskussion bekannte und

schon bei Marx anklingende Muster, nachdem die neue Gesellschaft aus einer Art Endkrise des Kapitalismus hervorgehen müsse. Dörre unterstellt diesbezüglich natürlich keine Automatik. Aber es besteht die Gefahr, die enorme Flexibilität des Kapitalismus bei der Bewältigung neuer Herausforderungen zu unterschätzen.

An diesen Punkten greift die Kritik von Hubertus Buchstein ein. Den Begriff „Neosozialismus“ hält er für untauglich. Dieser sei „ebenso operativ leer wie vordem der Sozialismusbegriff“ (42). Es mangle ihm nicht nur an einer Konkretisierung, sondern er sei auch begriffsgeschichtlich von höchst problematischen Gruppierungen gebraucht worden. Und schließlich hält er Dörres Krisentheorie, d.h. den unterstellten Zusammenhang von Krise und Transformation für völlig unzureichend. Dörre bezieht sich dabei auf Rosa Luxemburg, die – allerdings keineswegs unumstritten – argumentierte, dass der Kapitalismus zusammenbrechen müsse, wenn die Möglichkeit der Aneignung nichtkapitalistischer Ressourcen erschöpft sei. Das sei angesichts der allumfassenden Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche und einer Erschöpfung der natürlichen Hilfsquellen tendenziell der Fall.


Abgesehen von dieser sehr grundsätzlichen Kritik beschäftigen sich die folgenden Beiträge mit Versuchen, auf dem Dörreschen Ansatz aufbauend Ergänzungen und Erweiterungen vorzunehmen. Brigitte Aulenbacher setzt sich ausführlich mit Axel Honneths Überlegungen zu einem „modernen“ Sozialismus auseinander und wirft ihm – sicherlich zu Recht – Ökonomie- und Herrschaftsblindheit vor. Darüber hinaus verweist sie auf die Bedeutung von Care-Ökonomie und Care-Demokratie als transformative Konzepte. Raul Zelik untersucht in einem sehr informativen Beitrag die Ursachen für das Scheitern der „bolivari-anischen Revolution“ in Venezuela und die daraus zu ziehenden Konsequenzen. Hervorgehoben wird, dass es nicht gelungen sei, das auf die Ausbeutung natürlicher Ressourcen gestützte Wirtschaftsmodell zu überwinden – ein Umstand, der auch zum Scheitern anderer lateinamerikanischer Linksinformationen beigetragen habe. Auch Bob Jessop hält den Begriff Neosozialismus für untauglich und plädiert für ein eigenständiges Konzept, das er „demokratischen Ökosozialismus“ nennt und der in internationalen Dimensionen zu denken sei. Im Anschluss daran entwickelt er Modelle einer sozialistischen Transformation, die allerdings höchst abstrakt bleiben.

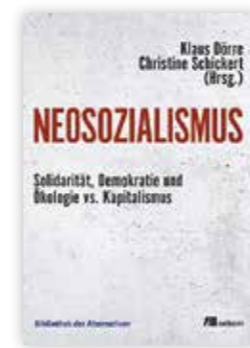
Nachdem soweit Begriffe, Prinzipien und Modelle vorgestellt wurden, leitet Erik Olin Wright zu den strategisch orientierten Beiträgen über. Gegenüber großen Transformationsentwürfen verhält er sich eher skeptisch und nennt einige Beispiele bereits existierender praktischer Ansätze alternativer Vergesellschaftung („reale Utopien“). Er plädiert für einen „Reformkapitalismus“, der Freiräume für gesellschaftliche Initiativen ermöglicht. Als Beispiel dafür nennt er die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Diese Sichtweise wird von Hans-Jürgen Urban geteilt. Es gehe darum, den Kapitalismus schrittweise zu „untergraben“, und er sieht als Möglichkeit dazu die Bildung „transnationaler Transformationsallianzen. Ngai-Ling Sum schließlich plädiert unter Rückgriff auf Gramsci und vor dem Hintergrund der Situation in China für eine neue Klassenpolitik, die die Gegensätze und Widersprüche zwischen der Arbeiter*innenklasse und anderen bedeutsamen subalternen Gruppen aufhebt, eine Aufgabe, die sie vor allem als Aufgabe neuer organischer Intellektueller sieht.

Der interessanteste Beitrag in diesem Zusammenhang kommt von Ulrich Brand und Christiane Schickert. Auch sie kritisieren das von Dörre vorgetragene „Neosozialismus“-Konzept, nicht zuletzt wegen einer Vernachlässigung der ökologischen Krise, die bei allen Überlegungen zu gesellschaftlichen Alternativen im Zentrum stehen müsse. Kritisiert wird auch der Gebrauch des Transformationsbegriffs in der allgemeinen Diskussion, der oft auf eine Modernisierung des Kapitalismus hinauslaufe, sich durch Ökonomie- und Herrschaftsblindheit auszeichne und die existierenden politisch-ökonomischen Krisendynamiken ausblende. Dagegen stünden kritisch-emanzipatorische Beiträge, die „eine systematische Analyse herrschender Entwicklungen und der ihnen eigenen Transformationsdynamiken, der Hindernisse für Alternativen, aber auch sich aus Krisen, Widersprüchen und Kämpfen entwickelnde Ansätze für andere, solidarische und nicht zerstörerische Formen der Vergesellschaftung“ verbinden (171). Sie beziehen sich dabei auf den Begriff des „radikalen Reformismus“, der vor dem Hintergrund gescheiterter Sozialismusversuche entwickelt wurde. Zentrales Argument ist dabei, dass emanzipative gesellschaftliche Veränderungen nicht mittels des Staates zu erreichen seien, der selbst als ein Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses betrachtet werden muss. Es ginge vielmehr um eine Politik gegen die herrschenden Institutionen, um eine „postkapitalistische Orientierung“, die aus vielfältigen gegenhegemonialen Kämpfen hervorgehen müsse (172). Dies sei – so zitieren sie

Adamczak – als „das Ergebnis pluraler kollektiver Praxis zu verstehen“, das heißt weder als das Handeln der „Regierung eines zentralistisch verfassten Staatssubjekts noch als voluntaristische Aktion widerständiger Individuen“ (172). Der Begriff der „doppelten Transformation“ (Klein) verweise auf die Notwendigkeit, auf eine über den Kapitalismus hinausweisende, solidarische und ökologisch nachhaltige Produktions- und Lebensweise zu zielen und zugleich realpolitisch Bündnisse einzugehen. Dabei spielten auch kleine, unspektakuläre Veränderungen eine wichtige Rolle, die aus konkreten Problemwahrnehmungen, Konflikten und Interessen heraus entstehen. „Das Neue entsteht eben nicht zentral aus großen Strategien, sondern oft ganz praktisch und an Alltagsproblemen ansetzend“ (174). Eine radikale Reformstrategie zielt und gründet sich vor allem auf die Veränderung von Lebensweisen und hat damit eine wichtige kulturelle Dimension, weil damit auch Wertvorstellungen, Gesellschafts- und Weltbilder betroffen sind. Es käme darauf an, praktisch alternative Vergesellschaftungsformen zu entwickeln und zu erproben. Dazu nennen Brand und Schickert eine ganze Reihe von Beispielen. Damit dies gesellschaftsverändernd wirkt, bedürfe es „einer überzeugenden, an Erfahrungen und Wünschen anknüpfenden und attraktiven Erzählung, anhand deren Erfahrungen verarbeitet und Handeln orientiert werden können“ (175). Dazu gehöre „die Umverteilung von Lebenschancen und Macht, der sozial-ökologische Umbau, die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie umfassende Solidarität und Friedenssicherung“ (175). Somit wäre die Hegemoniefrage gestellt. Die beiden Autor*innen glauben nicht, dass der Sozialismusbegriff aufgegeben werden sollte, wie es Buchstein vorschlägt. Anstelle von „Neosozialismus“ bevorzugen sie, wie auch andere Autoren in diesem Band, den Begriff „demokratischer Ökosozialismus“. Dieser ist insofern sehr viel konkreter, als damit darauf verwiesen wird, dass es sich um ein in der Zivilgesellschaft wurzelndes Projekt handelt, das eine Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse und damit der gesamten Lebensweise beinhaltet.

Klaus Dörre nimmt in seinem Schlussbeitrag auf die Beiträge des Bandes Bezug und verweist noch einmal auf die in seinem Eingangsstatement enthaltenen Überlegungen. Er konzidiert schließlich sogar, dass „demokratischer Ökosozialismus“ die bessere Formel als „Neosozialismus“ sei. Es ist deshalb schon etwas verwunderlich, dass das Buch trotzdem diesen in der Tat nicht sehr vielsagenden Titel trägt.

Der Band ist nicht zuletzt deshalb lesenswert, weil er wichtige Kontroversen in der Sozialismusdebatte deutlich macht. Zentrale Fragestellungen, die angesichts des Scheiterns des Staatssozialismus auf der Tagesordnung stehen, werden zumindest aufgerissen. Die Lektüre vermittelt einen guten Einblick in den Stand der Debatte und macht deutlich, wie weiter gearbeitet werden müsste. 



KLAUS DÖRRE UND CHRISTIANE SCHICKERT (HG.):
NEOSOZIALISMUS. SOLIDARITÄT, DEMOKRATIE
UND ÖKOLOGIE VS. KAPITALISMUS.
oekom-Verlag München 2019, 215 Seiten, 22,70 EUR.

JOACHIM HIRSCH

ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und lehrte von 1972 bis 2003 an der Universität Frankfurt. Seine kritischen Analysen im Bereich der Staatstheorie haben wesentlich zum Verständnis der Veränderung des Staates im Zeitalter des Neoliberalismus beigetragen.



FATEEVA – Edition 1 Campaign
MEF02 Sweater/ MEF05 Scarf, 2019
© POTF – Picture On The Fridge

Der Arbeitswert als soziale Imagination

Ausgehend von Karl Czasnys Buch „Kritik des Arbeitswerts“ stellt **Albert Dikovich** Überlegungen an, welche Bedeutung die Auseinandersetzung mit dem Arbeitswertbegriff und der Krisentheorie mit der politischen Praxis der Sozialdemokratie in der Gegenwart hat.

Arbeit ist weiterhin Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe, zu Wohlstand und zu sozialer Anerkennung. Die Menschen in unseren spätmodernen kapitalistischen Gesellschaften verstehen und entwerfen sich nach wie vor als Subjekte der Arbeit. Berufe, Gehälter und Karrieren gelten als identitätsstiftend, das immer wieder aufs Tapet gebrachte Recht zu einer arbeitsfreien, von der Gemeinschaft alimentierten Existenz wird von der Mehrheit beharrlich abgelehnt. Die Einbindung der Einzelnen in das Netz wechselseitiger Abhängigkeiten und Verpflichtungen, in dem uns Arbeit verankert, ist die Norm, an der unsere Gesellschaften mit aller Kraft festzuhalten versuchen.

Arbeit als Prinzip der Vergesellschaftung gerät indes zusehends in die Krise. Dies bringt die Ordnungen des Wohlstands und des sozialen Friedens, deren Einrichtung im globalen Westen nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist, zunehmend ins Wanken. Globalisierung und Automatisierung, die Auslagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer und ihre Ersetzung durch Maschinen, die daraus resultierende Verknappung von gutbezahlter Lohnarbeit und der Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten zugunsten einer Ausweitung des Prekariats, hohe Alters- und Jugendarbeitslosigkeit sind schließlich die Formen, in denen sich seit nunmehr knapp vierzig Jahren Arbeit als ein System der Integration geltend macht, dem die Desintegration funktional eingeschrieben ist. Arbeit im Kapitalismus ist ein Mechanismus der Einbindung, der dann effektiv ist, wenn er zugleich ausreichend Ausschluss produziert. Das Heer der überflüssig Gewordenen und Ausrangierten und der sich noch im Arbeitsprozess haltenden Verunsicherten und Getriebenen, dessen Anwachsen seit Jahrzehnten zu verzeichnen ist, ist keine Anomalie der

Verhältnisse, sondern im Gegenteil ein Anzeichen für einen gut funktionierenden kapitalistischen Zugriff auf die menschlichen Ressourcen einer Gesellschaft.

ORIENTIERUNGSSCHWIERIGKEITEN DER SOZIALDEMOKRATIE

In dieser Situation finden sich sozialdemokratische Parteien mit einer tiefgehenden Orientierungsschwierigkeit und fallweise existenziellen Krisen konfrontiert. In zahlreichen Ländern kommt ihnen die WählerInnenschaft abhanden, sei es wegen der eigenen Verstrickungen in den Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, sei es wegen ihrer Machtlosigkeit, sich ihnen entgegenzustemmen, sei es wegen beidem. Der Ruf nach einer Erneuerung, bei deren Ausbleiben der Untergang warten würde, wird vielerorts laut. Dass sie weiterhin eine Bewegung der Arbeitenden zu sein hat, steht bei den betreffenden Debatten außer Frage. Wie sie es sein könnte, nun, da der Kapitalismus die Mittelstandsgesellschaften, die er in Österreich und vielen anderen Ländern in Kollaboration mit sozialdemokratischer Politik aufgebaut hat, wieder zusammenschmelzen lässt, und in seiner globalisierten Gestalt die InteressensvertreterInnen der Arbeitenden recht zahnlos dastehen lässt, ist höchst unklar. Klar ist jedoch eines: Will die Sozialdemokratie ihren Kompass in der Gegenwart wiedergewinnen und soll ihre vielfach proklamierte politische Neuausrichtung gelingen, darf diese nicht nur im Programmatischen und schon gar nicht bei Personalien verbleiben. Es bedarf der Wiedergewinnung eines profunden Verständnisses von Arbeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen des globalisierten und digitalisierten Kapitalismus.

KOOPERATION UND DISKURS ALS EXISTENZFORMEN DES ARBEITSWERTS

Im Lichte dieser Entwicklungen ist der Wert des mit „Kritik des Arbeitswerts“ betitelten Buches von Karl Czasny zu sehen, das im vergangenen Jahr im PapyRossa-Verlag erschienen ist. Czasnys Arbeit ist in zwei Teile gegliedert, die ihren zwei grundlegenden Erkenntnisansprüchen entsprechen. Zum einen geht es Czasny darum, in kritischer Auseinandersetzung mit älteren, „strukturalistischen“ (Michael Heinrich) oder „mechanistischen“ (Jost Kaschube, Ulrich Krause) Lesarten der Marxschen Werttheorie ein „nicht objektivistisches“ Verständnis des „zentralen Begriffs der ökonomischen Theorie von Karl Marx“ zu gewinnen. Des weiteren entfaltet Czasny im zweiten Teil eine Krisentheorie des Kapitalismus, die ausgehend des von Marx beschriebenen tendenziellen Falls der Profitrate, dem bei Czasny die Funktion einer heuristischen Vorannahme zukommt, eine Interpretation der kapitalistischen Entwicklung seit Mitte des 20. Jahrhunderts liefert. Hier geht es dem Autor darum, am historischen Material die Erklärungskraft der Marxschen Theorie aufzuweisen. Damit liefert er eine überaus kompakte Aufarbeitung jüngerer Kapitalismusgeschichte, die sich allerdings zu großen Teilen darauf beschränkt, vorliegende Ergebnisse ökonomischer Analysen in ein an Marx anschließendes theoretisches Rahmenwerk zu integrieren.

Das größere Verdienst des Autors Czasny liegt in der Rekonstruktion des Marxschen Arbeitswertbegriffs als Produkt von sozialer Kooperation und Diskursen. Czasny greift hier einen Deutungsstrang auf, der bis zum weitgehend in Vergessenheit geratenen, im Ersten Weltkrieg nur sechszwanzigjährig verstorbenen Ökonomen Franz Petry zurückverfolgt werden kann, der in seiner brillanten Dissertation *Der soziale Gehalt der Marxschen Werttheorie* (1916 postum erschienen) die Marxsche Arbeitswertlehre als Rekonstruktion der „Kulturbedeutung“, also der sozial geteilten Interpretationen arbeits- und marktvermittelter Verkehrsvorgänge im Kapitalismus verstanden hatte. Der Zugang zum Arbeitswertbegriff ist primär ein sozialtheoretischer; Arbeitswert erscheint nicht als eine „harte“ Variable der ökonomischen Analyse, sondern als eine soziale Kooperationsform und zugleich „gesellschaftliche imaginäre Bedeutung“ – um hier einen Begriff Cornelius Castoriadis' zu entlehnen, zu dessen Denken Czasnys Marx-Deutung ein Naheverhältnis hat –, durch die Subjekte in bestimmte Tauschbeziehungen zueinander gesetzt und letztlich ein gesamtgesellschaftlicher Zusammenhang konstituiert werden.

Der Autor ist von seinem disziplinären Hintergrund her Philosoph. In der Vergangenheit widmete er sich vorwiegend erkenntnistheoretischen Fragestellungen (etwa in *Die letzten Undinge. Eine erkenntnistheoretische Auseinandersetzung mit der Angst vor dem Tod*. Freiburg / München: Karl Alber 2014). Erkenntnistheoretisch ist auch das leitende Interesse am Marxschen Wertbegriff, wie im Vorwort dargelegt wird. Es geht Czasny um die Klärung der „Existenzform“ dessen, was Marx mit den Begriffen Arbeitswert und Wertgesetz beschrieben hat. Die Vernachlässigung dieser Grundfrage in der an Marx anschließenden Sozialtheorie und Ökonomie hat zahlreiche ihrer Vertreter auf einen erkenntnistheoretischen Holzweg geraten lassen, wo wirtschaftliche und damit soziale Entwicklungen auf das Wirken von überindividuellen Mechanismen und Strukturen zurückgeführt werden, die sich über die Köpfe der handelnden Menschen hinweg auswirken. Czasny ist zuzustimmen, wenn er solchen Lesarten der Marxschen Theorie vorwirft, mit der Hypostasierung des Kapitals zu einem hinter der gesellschaftlichen Entwicklung stehenden Automaten selbst eine Spielart der „Verdinglichung von Handlungsbezügen“ (9) zu betreiben, die Marxisten gewöhnlich der bürgerlichen Ökonomie vorzuwerfen pflegen. Will man hingegen die Fallen des „Objektivismus“ vermeiden, ist von den Handlungen und Absichten der Akteure auszugehen, die so etwas wie Arbeitswert und Wertgesetz in ihren sozialen Interaktionen erst in die Welt bringen und auf Dauer stellen.

Hier kann nicht der gesamte Gang der Argumentation des ersten Teils des Buches zusammengefasst werden; stattdessen soll hier lediglich der Fokus auf die Kernthese gelegt werden, die Czasny in die Debatte um den Arbeitswertbegriff einführt, und ihr Erkenntnispotential anschließend mit Blick auf aktuelle Entwicklungen skizziert werden. Die Annäherung an Czasnys zentralen Gedanken soll hier von der basalen Konstitution des Arbeitswerts als einer Tauschverhältnisse tragenden Größe aus versucht werden.

Arbeit gilt spätestens seit der klassischen britischen Ökonomie des 18. Jahrhunderts als das homogene Medium, das zwischen produzierten Waren und Dienstleistungen Wertrelationen herstellt und den Warentausch somit ermöglicht. Weil Waren und Dienstleistungen unterschiedliche Quantitäten an Arbeit verkörpern, stehen sie in bestimmten, sich an diesen Arbeitsmengen bemessenden Wertverhältnissen. Je mehr sich die Warenproduktion einer Gesellschaft ausdifferenziert, je vielfältiger und komplexer die produzierenden Tätigkeiten werden, desto komplexer wird nun auch die Bestimmung

dieser auf Arbeitsquanten beruhenden Wertverhältnisse. Wo einfache Tätigkeiten, zu deren Verrichtung keine elaborierten Fertigkeiten notwendig sind, solchen Tätigkeiten gegenüberstehen, deren Ausführung jahrelange Vorbereitung und Training erfordern, kommt die bloße messbare Arbeitszeit als Maßstab nicht mehr in Frage. Selbiges gilt, wenn mit durch einen hohen Aufwand an manueller Arbeit produzierte Waren und solche, deren Produktion aufgrund des Einsatzes von Maschinen weniger Arbeitsaufwand benötigte, gleichzeitig auf einem Markt zirkulieren.

Marx führte bekanntlich die Begriffe der „einfachen“ und „komplizierten“ Arbeit und der „durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit“ ein, um diesen sich bei der Analyse des Arbeitswertes bald stellenden Problemen beizukommen. In den Wert einer durch komplizierte Arbeit hergestellten Ware fließt demnach auch die Arbeit ein, die zur Aneignung der für ihre Hervorbringung erforderlichen Fertigkeiten aufgebracht wurde. Eine Ware kann wiederum nur jenes Arbeitsquantum repräsentieren, das zu ihrer Herstellung bei einem gegebenen Stand der Technik für ihre Hervorbringung durchschnittlich notwendig ist. Es braucht hier aber keine langen Überlegungen, um zu sehen, dass diese Hilfskonstruktionen es nicht vermögen, die Arbeitswerte auf eine basale objektive Maßeinheit zurückzuführen, durch die der Wert der einzelnen produktiven Tätigkeiten gemessen werden könnte. Wie viele Stunden an „einfacher Arbeit“ einer Putzkraft etwa bilden das Äquivalent zu einer Arbeitsstunde eines Programmierers mit Universitätsabschluss? Und auf welche Weise wird weiters bestimmt, welches Quantum an Arbeit für die Herstellung einer Ware durchschnittlich notwendig ist?

Tatsächlich ist über die Wertgröße dieser Tätigkeiten nichts auszusagen, bevor sie in einer spezifischen Kooperationsform in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden und es zur Definition von Wertäquivalenzen und -unterschieden kommt. Der Ort, an dem diese Festsetzungen erfolgen, die soziale Interaktion, die dies zu leisten vermag, ist das Marktgeschehen. Weil diese Relationen in keinen objektiven Größen bestehen, die den Dingen bzw. den sie hervorbringenden Tätigkeiten gleichsam abgelesen werden könnten, existieren sie lediglich als Resultate des Marktgeschehens, und dem Arbeitenden als Marktteilnehmer bleibt meist nichts anderes übrig, als diese Urteile über den Wert seiner Tätigkeit hinzunehmen. Die „abstrakte Arbeit“, von der bei Marx die Rede ist, ist keine dem Tauschprozess vorhergehende Werts substanz, sondern wird in diesem erst in die Ware gleichsam hinein-

gelegt. Vor der Einspeisung einer Ware in das Marktgeschehen ist der in ihr verkörperte Arbeitswert nur eine Sache der Schätzung und Prognose, über das ein bestätigendes oder berichtigendes Urteil gefällt wird.

DIE REALFIKTION DES WERTGESETZES

Neuartig an der Konzeption des Arbeitswertes, die Czasny vorschlägt, ist der zentrale Stellenwert der subjektiven Motive, durch die die Arbeitenden qua MarktteilnehmerInnen im Marktgeschehen verankert sind. Czasny postuliert, dass das Marktgeschehen auf impliziten Vereinbarungen beruht, die eine gerechte Gestaltung des Tauschs von Waren, der Bepreisung der Ware Arbeitskraft und damit der Bestimmung von Wertrelationen zwischen produktiven Tätigkeiten (qua Arbeit) sichern sollen. Dazu gehöre u.a. die Vereinbarung, dass das „Ausmaß der Aneignung von Produkten des legitimen individuellen Bedarfs durch jeden einzelnen (...) auf eine langfristig gerechte Weise der von ihm im Rahmen des Kollektivs geleisteten gesellschaftlich notwendigen Arbeit entsprechen“ soll, und dass sich die gesellschaftliche Notwendigkeit der vom einzelnen geleisteten Arbeit am „durchschnittlichen Stand unserer technischen Kenntnisse und Fertigkeiten“ und am kollektiven Bedarf an dem erzeugten Produkt bemesse. Czasny spricht von „kollektiven Absichten, welche sich zu gesellschaftlichen Strukturen verdichtet haben und damit jeder individuellen Interessensorientierung vorgeordnet sind“, die weiters „stillschweigend“ gelten und durch jeden Marktteilnehmer „einfach durch seine kontinuierliche Partizipation am Tauschhandel (...) täglich aufs Neue bestätigt werden“ (50).

Das Marktgeschehen erfordert zu seinem störungsfrei Funktionieren, dass seitens der MarktteilnehmerInnen an die Gerechtigkeit seiner Resultate geglaubt wird. Die Legitimität der Bestimmung von Wertverhältnissen zwischen produktiven Tätigkeiten durch Preise, die die AnbieterInnen von Arbeitskraft auf dem Markt erzielen, fließt aus dem Vertrauen der Subjekte in die Gerechtigkeit des Marktes. Dieses kollektive Vertrauen aber ist eines, das durch einen gesellschaftlichen Diskurs, d. h. durch Ideologie laufend hergestellt wird. Aus der gesellschaftlichen Imagination des langfristig gerechte Resultate erzielenden Marktes fließt auch die „Realfiktion des Wertgesetzes“, also die Vorstellung, dass die Preisbildung auf die Ware Arbeitskraft sich langfristig in einer in einer sachgemäßen und gerechtfertigten Weise vollzieht. Diese durch

und durch imaginäre Bezugsgröße der Preisbildung ist nun der Arbeitswert. Zu sagen, der Markt sei gerecht, bedeutet zu behaupten, dass die in ihm zustande kommenden Preise und damit Wertverhältnisse langfristig den Wert der produktiven Tätigkeiten, d. h. den Arbeitswert, zum Ausdruck bringen. Da es aber keine andere Möglichkeit zur Feststellung dieser Werte gibt als das Marktgeschehen, wird jede Preisbildung als prozessuale Geltendmachung von Arbeitswert angesehen werden, solange nur an die Gerechtigkeit des Marktes „geglaubt“ wird.

Czasny spricht daher von einer zirkelhaften und „realtautologischen“ Begründung des Wertgesetzes. „So lange die Marktteilnehmer dem langfristigen Gerechtigkeitsversprechen des Marktes Glauben schenken, ist das Wertgesetz eine bloße Tautologie, deren empirische Prüfung durch gesonderte Messung der Arbeitsgehalte der getauschten Waren überflüssig bzw. sinnlos ist. Umgekehrt formuliert heißt das aber: dass die Preise langfristig nicht mehr den Arbeitswerten entsprechen, dass also das Wertgesetz nicht mehr gilt, würde bedeuten, dass die Marktteilnehmer den Markt nicht mehr als legitime Organisationsform ihres arbeitsteiligen Produzierens anerkennen.“ (53)

Angesichts von disruptiven Wertminderungen von produktiven Tätigkeiten, etwa durch die Einführung von neuen Technologien oder die Erschließung neuer Reservoirs von Arbeitskräften, die zur Freisetzung von Menschen mit bestimmten Qualifikationen führen, aber auch den horrenden Unterschieden in der Entlohnung von vermeintlich „einfachen“ und „höheren“ Arbeiten, würde es naheliegen, dass der Glaube an die Gerechtigkeit des Marktes zusehends unter Stress gerät. An der Tatsache, dass Anzeichen für eine solche Infragestellung des Marktes dennoch eher rar sind und nach wie vor nur spärlichen politischen Niederschlag finden, kann die Größe des Erfolgs jenes politisch-ideologischen Projekts bemessen werden, das in der Regel mit Neoliberalismus bezeichnet wird. Dieses besteht, wie an Czasnys Ausführungen anschließend gesagt werden kann, darin, einen rückhaltlosen Glauben an die Gerechtigkeit des Marktgeschehens zu forcieren, dem idealerweise die Weihe eines „naturgemäßen“, ohne „künstliche“ Eingriffe seitens des Staates ablaufenden Geschehens zukommen soll, während zugleich die Rahmenbedingungen des Marktgeschehens zugunsten bestimmter Akteure in demselben verändert werden. Die Dynamik des Marktgeschehens ist nämlich nicht bloß durch immanente Faktoren, sondern zu jedem Zeitpunkt durch die Formung seiner

Rahmenbedingungen bestimmt. Da Eingriffe in diese aber im vorherrschenden Diskurs in der Regel selbst – als notwendige Anpassungsleistungen eines nationalen Marktes an die Anforderungen der „globalisierte Wirtschaft“ – aus Marktnotwendigkeiten abgeleitet werden, erscheinen sie im kollektiven Bewusstsein nicht als die der marktförmigen Kooperation externen Prozesse, also als die politischen Handlungen und damit Herrschaftsakte, die sie realiter sind.

Die dabei zur Anwendung kommende Begründungsstrategie ist jene, dass der Staat selbst in einem Wettbewerb um Investitionen, Unternehmensansiedlungen, in weiterer Folge um Steuereinnahmen und billige Verschuldung stehe, also selbst als „Standort“ ein den Profiterwartungen des Kapitals (Nachfrage) entsprechendes Angebot an „Humanressourcen“ generieren müsse. Der Wettbewerbsstaat ist gleichsam selbst nichts anderes als ein organisierter Arbeitskörper, über dessen Wert im Zuge des Marktgeschehens gerichtet wird, dem es nicht zusteht, die Legitimität dieses Urteils in Frage zu stellen, und an dem die Zurechnungsversuche der von seinen Eingriffen Betroffenen ableiten. Genau durch diese, durch die dominierende Ideologieproduktion kultivierte, Ignoranz über die faktische Verfasstheit und die Bedingungen des Marktgeschehens wird der systemstabilisierende Glaube an den Markt abgesichert.

Ein aktuelles Beispiel für diesen Vorgang ist die Automatisierung. Dieser von Politikern, Technikern und Wirtschaftsforschern als unausweichlich ausgegebene Prozess wird nach zahlreichen Prognosen zur Entwertung von teils hochspezialisierten Qualifikationen führen, gutbezahlte Jobs vernichten und damit zahlreichen Angehörigen der Mittelschicht das Schicksal der Arbeitsverlustes bescheren. Die Automatisierung dürfte also vehement in die Wertrelationen von produktiven Tätigkeiten eingreifen. Doch der vermeintlichen Schicksalshaftigkeit der Automatisierung widerspricht der Umstand, dass sie de facto eine durch staatliche Investitionen und öffentliche Risikoübernahme, durch Forschung und Ausbildungsmaßnahmen in staatlichen Institutionen vorangetriebene Entwicklung ist (vgl. 42). Diese staatlichen Aktivitäten bedeuten aber Eingriffe in die Wechselverhältnisse von Angebot und Nachfrage, die die Preisbildung für menschliche Arbeitskraft wie auch jeder anderen Ware bestimmen.

POPULISMUS ALS GLAUBENSKRISE

Wer im Zuge des Konkurrenzkampfes ins Hintertreffen gerät, hat die Schuld bei sich selbst zu suchen; dies ist der Schluss, den die von Czasny aufgeschlüsselte Ideologie der Marktgläubigkeit den Betroffenen aufdrängt. Für jene, die gestern infolge der Öffnung von vormals nationalstaatlich gerahmten Waren- und Arbeitsmärkten ihre Arbeit verloren, wie auch für jene, die sie morgen durch die Automatisierung verlieren werden, gilt: Marktprozesse können an sich kein Unrecht darstellen, daher ist jede Empörung fehl am Platz. Können sie sich nicht mehr in den Arbeitsprozess reintegrieren, liegt das an ihrem Unvermögen, die für das Bestehen im Konkurrenzkampf erforderlichen Leistungen zu erbringen. Sie mögen pflichtbewusst und fleißig gewesen sein, sie haben es doch nicht vermocht, mit unternehmerischem Blick für Nachfrageentwicklungen Maßnahmen zur Aktualisierung ihrer Ware, nämlich ihrer Arbeitskraft, zu treffen. Will sich der Einzelne auf sein Schicksal einen Reim machen, ist er auf sich selbst zurückgeworfen, was ihn im besseren Fall zur Selbstoptimierung antreibt, im schlechteren Fall in destruktive Minderwertigkeitsgefühle stürzt. Andere Deutungsmöglichkeiten wurden ihm ebenso gestrichen wie der Job. Arbeitslosigkeit ist ein Schicksal, das man je einzeln bestehen muss. Daran ändert auch der soziale Servicestaat im Wesentlichen nichts, der der oder dem Einzelnen Unterstützung beim Selbstbehauptungskampf am Markt bieten soll.

Die Ideologie der Marktgerechtigkeit und der Eigenverantwortlichkeit wurde im Zuge der neoliberalen Umstrukturierung von Waren- und Arbeitsmärkten auf globalem Niveau forciert. Sie konnte jedoch ansetzen an dem sich schon davor vollziehenden Bedeutungsverlust des Klassenkampfgedankens. Diesem zufolge ist die Festsetzung von Arbeitswerten stets Resultat eines Kräftemessens zwischen Kapital und Arbeit und nicht Resultat „gerechter“ Marktprozesse. Die von Czasny rekonstruierte Gerechtigkeitsfiktion hatte also einst im Klassenkampf eine ihr entgegengesetzte Deutung von Marktprozessen als Konkurrentin. Durch die Zurückdrängung des Klassenkampfgedankens in der von Thomas Piketty die „sozialdemokratische Gesellschaft“ genannten Phase relativer Machtstellung der ArbeitnehmerInnen gegenüber dem Kapital und steigenden Wohlstandsniveaus für die Massen dürfte bereits der Boden bereitet worden sein, in dem die Vorstellung einer „gerechten“ Partizipation am gesellschaftlichen Reichtum durch die eigene Leistung Wurzeln schlagen konnte.

Der Neoliberalismus propagierte indes Marktgerechtigkeit nicht ohne gleichzeitig seine sozioökonomischen Plausibilitätsgrundlagen abzubauen. Seinen zentralen Glaubensartikel setzt er selbst permanent und zunehmend unter Stress. Von dieser Situation zu profitieren verstand vornehmlich die politische Rechte. Ausländerfeindlichkeit, Antielitarismus, Verschwörungstheorien und Antisemitismus sind Variationen des Verdachtes, dass der an sich gerechte Markt durch sich unrechtmäßig Zutritt verschaffende Fremde oder durch eine korrupte, die Marktprozesse manipulierende Elite gestört wird. Sie schaffen Zurechenbarkeit in einer Situation, in der zwar an der Ideologie des gerechten Marktes weiterhin festgehalten wird, das Marktgeschehen aber für einen selbst nicht die Resultate erbringt, die den eigenen Erwartungen entsprechen. Sie haben damit auch Entlastungsfunktion gegenüber der Ideologie der Selbstverantwortung: das Narrativ des Betrugs ersetzt das weit unangenehmere Narrativ vom eigenen individuellen Versagen.

Existenzängste und das Gefühl des Kontrollverlusts über die eigenen Lebensmöglichkeiten werden erfolgreich von einer Politik bewirtschaftet, die vom Rückkehr zum starken Nationalstaat verspricht, er werde dem Marktgeschehen souverän Grenzen setzen können und es dienstbar machen zugunsten der „eigenen Leute“ anstelle von MigrantInnenen, oder „ehrlicher Arbeit“ anstelle etwa von „akademischen Bobos“ und anderen Gruppen, deren Bewährungschancen auf einem sich schnell wandelnden Markt man besser einschätzt als die eigenen.

Wie Czasny schreibt, werden die den Markt „konstituierenden kollektiven Absichten“ nur so lange von dem einzelnen Marktteilnehmer als „Kooperationsbasis“ anerkannt, „wie er akzeptiert, dass seine individuellen Interessen in ihnen aufgehoben sind“, was die „Institution des Marktes“ unter einen „latenten Rechtfertigungsdruck“ setze, „der jederzeit aufbrechen und zur manifesten Infragestellung jenes Kooperationsmusters führen kann“ (79). Der gegenwärtige populistische Nationalismus kann also als Ausdruck eines solchen Legitimitätsverlusts der im Zuge der neoliberalen Reformen eingerichteten Marktverhältnisse verstanden werden, wobei sich allerdings an die Stelle einer grundlegenden Marktkritik der Protest gegen vermeintlich ungerechte Marktzutritte sowie gegen Marktmanipulationen und -störungen setzt. Die Institution des Marktes als solche steht also hier nicht in Frage, Arbeitswert und damit ökonomische Teilhabe sollen weiter über Angebot und Nachfrage reguliert werden. Lediglich

sollen die durch Globalisierung und Technisierung zustandekommenden Ausschlüsse ersetzt werden durch ethnonationalistische, aber auch kulturelle Ausschlüsse, die Funktionsweise des Marktes soll in einer für ein bestimmtes, ethnisch und soziokulturell definiertes „Kernvolk“ vorteilhaften Weise umdefiniert werden.

ANTWORTEN VON LINKS

Die anhaltende Zustimmung, die Rechtspopulisten wie Donald Trump oder die Brexiteers trotz nichterfüllter Versprechungen und bedrohlicher Prognosen erfahren, zeigt, wie groß nach Jahrzehnten der neoliberalen Leistungsideologie und des Individualismus das gesellschaftliche Bedürfnis nach dem Gewinn kollektiver Verfügungsmacht gegenüber den Mechanismen des Marktes ist. Wie aber könnte diesem Bedürfnis von linker Seite begegnet werden?

Karl Czasny führt in seinem Buch als Gegenkonzept zum auf Angebot und Nachfrage basierenden Marktmechanismus den demokratischen Diskurs eines „zum Subjekt gereiften Produzentenkollektivs“ (71) als alternatives Medium der Bestimmung von Arbeitswert zum Markt ein. Wie viel eine Arbeit im Verhältnis zu einer anderen Wert ist, richtet sich hier danach, welches die gemeinschaftlich festgelegten Zielsetzungen des kooperativen Arbeitsprozesses sind, und einer völlig von den Mechanismen von Angebot und Nachfrage abgelösten Festsetzung gerechtfertigter Ansprüche, die mit den einzelnen Tätigkeiten innerhalb dieses Kooperationsprozesses verbunden sind.

Diese radikale Alternative ist als politische Zieldefinition nicht nur aufgrund der offensichtlich mangelnden Durchsetzungschancen in Frage zu stellen. Es wäre nämlich erst zu klären, wie sich moderne Gesellschaften wie die unsere auf allgemein anerkannte Standards einigen sollen, die die Verteilung von Gütern bis ins Detail regeln. Konvention und Sitte, die in vergangenen Wirtschaftsformen die normativen Ressourcen für eine solche nicht-konkurrenzwirtschaftliche Verteilung bereitstellten, vermögen dies in der Moderne nicht mehr zu leisten. Es müsste erst eine weitgehende kulturell-moralische Homogenität hergestellt werden, ohne die die von Czasny ins Auge gefasste diskursiv-demokratischen Beratungen bezüglich der Verteilungsfrage heillos überfordert wären. Die zu beantwortende Frage wäre dann, wie deren Herstellung in einer in gegensätzliche ökonomische Interessen gespaltenen

und wertpluralistischen Gesellschaft zu bewerkstelligen wäre.

Der „spontan“ agierende Markt, der seine Ergebnisse durch eine ohne zentrale Steuerung stattfindende Interaktion erzielt, und eine auf diskursiven Anspruchsvereinbarungen beruhende Distribution stellen allerdings keine sich ausschließende Alternativen dar. Vielmehr sind diese beiden Mechanismen miteinander verflochten. Der Spontaneität des Marktes etwa durch Mindestlöhne, Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitszeitgesetze bewusst Spielräume zu setzen und damit in die Entwicklung des Arbeitswertes einzugreifen, ist das Geschäft der Politik; und dies im Interesse jener Arbeitenden zu tun, die von den gegenwärtigen Marktverhältnissen mehr unter Druck gesetzt werden als von ihnen profitieren, wäre Aufgabe linker Politik. Die Rahmensetzung für das Marktgeschehen ist also ein zentrales, in der Ideologie des Neoliberalismus aber systematisch verleugnetes Kampffeld der Politik, auf dem sich der nationalistische Populismus längst als Champion der „kleinen Leute“ geriert.

In einer Zeit, wo die Institution des Marktes von einer zunehmenden Zahl von Menschen als Ort des Drucks, der drohenden Verdrängung und des Kontrollverlust erlebt wird, ist es ihre Aufgabe, dem Souveränitätsverlangen von Arbeitenden gegenüber dem Marktgeschehen eine Stimme, Leitbegriffe und ein Programm zu geben. Durchzusetzen wäre dieses aber nicht gegen gegen „Eindringlinge“, gegen die „globalistische Klasse“ oder etwa „die Chinesen“, sondern gegen die Bestrebung von Konzernen und Kapital, die Gestalt des Marktes in einer ihren Interessen maximal und exklusiv dienenden Weise zu formen. Anstelle eines Sozialpaternalismus, der dem Markt soziale Rücksichten einflößen will, muss als politische Zielsetzung die zunehmende Selbstermächtigung all jener gesetzt werden, die als Lohnarbeitende ihre Lebensmöglichkeiten von den unwägbareren Prozessen des Marktes abhängig wissen und nach dem größtmöglichen Maß an Kontrolle über diese verlangen.

Dies bedeutet aber, die Sprache des Klassenkampfes nicht mehr zu scheuen. In Überwindung der auf vage, überparteiliche Normen rekurrierenden Rede von „sozialer Gerechtigkeit“, „Fairness“, „Menschlichkeit“ und Ähnlichem, die sozialdemokratische Parteien sich im sogenannten sozial integrierten Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte aneigneten und seitdem beibehielten, deren fehlende Zugkraft aber durch die beträchtliche Serie von Niederlagen Mittellinksparteien in Europa inzwischen mehr als gut belegt ist, muss wieder zu

Bewusstsein gebracht werden, dass die politische Gestaltung des Marktes für Arbeit stets die Festschreibung eines bestimmten politischen Kräfteverhältnisses zwischen Lohnabhängigen und Kapital darstellt. Es muss auf eine breite Solidarisierung und sozialdemokratische Parteinahme auf der Basis aufgeklärter Interessenwahrnehmung gesetzt werden.

Einsatzpunkte für eine solche Politik gibt es genügend und wird es in naher Zukunft zur Genüge geben, woran hier abschließend erinnert werden soll. Es wäre zum einen bei den Enttäuschungsprozessen anzusetzen, deren Eintreten aufgrund der Unzulänglichkeit von Mitteln und Wegen des populistischen Souveränismus, vor allem aber wegen des faktischen Interessengegensatzes zwischen den Vertretern und insbesondere den Geldgebern rechtspopulistischer Parteien einerseits und ihren WählerInnen andererseits erwartbar ist. Sozioökonomische Ansprüche, deren Nichterfüllung rechtspopulistische Politik mit einer Steigerungsspirale des Hasses und der Paranoia zu kompensieren sucht, müssen in neue Bahnen umgelenkt werden. Die allen Voraussagen nach tiefgreifenden Veränderungen im Arbeitsmarkt durch die Digitalisierung sind ein weiteres politisches Feld, das die Sozialdemokratie schon heute zu besetzen hat. Zentral wird auch die ökologische Transformation der Wirtschaft sein, die anders als Globalisierung und Digitalisierung einen offenen, massiven politischen Eingriff in den (Arbeits-) Markt bedeuten wird und soziale Verwerfungen erzeugen könnte, die dann vonseiten eines zynisch klimaskeptischen Populismus bewirtschaftet würden. Fehlende Antworten auf unvermeidliche Folgen dieser Transformation wie Arbeitsverlust in klimaschädlichen Produktionsparten oder steigende Lebenserhaltungskosten haben das Potential, die zur Bewahrung der ökologischen Reproduktionsgrundlagen von Frieden, Demokratie und letztlich auch Kapitalismus notwendigen Maßnahmen zum Scheitern zu bringen. 🍷

ALBERT DIKOVICH

ist Doktorand der Philosophie an der Universität Wien. Er ist Mitherausgeber des 2018 erschienenen Sammelbands „Von der Revolution zum Neuen Menschen – Das politische Imaginäre in Mitteleuropa 1918/19“.



„KRITIK DES ARBEITSWERTS. ZUM ZENTRALEN BEGRIFF DER ÖKONOMISCHEN THEORIE VON KARL MARX“
VON KARL CZASNY
ist 2018 im PapyRossa Verlag erschienen.



Schella Kann, Lederoutfit, FW 92
© Rudi Molacek



Sozialdemokratie 4.0

Vortragsreihe mit Diskussion

Wir wollen über die Situation und aktuelle Ausgangslage der österreichischen Sozialdemokratie diskutieren und auf dem Weg in die **ZUKUNFT** einen offenen Diskussionsprozess in Gang setzen, der vor allem die ideologischen und programmatischen Notwendigkeiten einer **Sozialdemokratie 4.0** diskutiert.

Die Wiener Bildungsakademie, das Magazin **ZUKUNFT** sowie die Organisator*innen konnten ganz in diesem Sinne vier hochkarätige Referenten gewinnen und laden dazu ein.

Termine

Donnerstag, 12. März 2020 18:30 Uhr
Oliver Scheiber – Auferstehung der Sozialdemokratie

Donnerstag, 16. April 2020 18:30 Uhr
Max Lercher – Neuer Aufbruch der Sozialdemokratie

Donnerstag, 14. Mai 2020 18:30 Uhr
Nils Heisterhagen – Der dritte Weg, die neoliberale Illusion und die Sozialdemokratie

Donnerstag, 18. Juni 2020 18:30 Uhr
Christian Swertz – Digitale Bildung und Sozialdemokratie

Ort

Wiener Bildungszentrum Praterstraße 25a, 1020 Wien